

SAMY G. SHARAF

# Werte als Satzungsinhalt

*Schriften zum  
Unternehmens- und Kapitalmarktrecht  
138*

---

**Mohr Siebeck**

# Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Jörn Axel Kämmerer, Karsten Schmidt und Rüdiger Veil

138





Samy G. Sharaf

# Werte als Satzungsinhalt

Eine Vermessung der Gestaltungskraft  
und Abänderbarkeit von Verbandszweck  
oder Unternehmensgegenstand im Kapitalgesellschafts-  
und Vereinsrecht

Mohr Siebeck

*Samy G. Sharaf*, geboren 1995; Studium der Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2020 Erste Juristische Prüfung; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht der LMU München; 2025 Promotion; Rechtsreferendariat am OLG München.  
orcid.org/0009-0009-1423-2789

Zugleich Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Hohen Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München; Jahr: 2025; Referent: Professor Dr. Mathias Habersack.

ISBN 978-3-16-200123-8 / eISBN 978-3-16-200124-5  
DOI 10.1628/978-3-16-200124-5

ISSN 2193-7273 / eISSN 2569-4480  
(Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2026.

© Samy G. Sharaf.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Keine Bearbeitung 4.0 International“ (CC BY-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland  
[www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com), [info@mohrsiebeck.com](mailto:info@mohrsiebeck.com)

# Vorwort

Im April des Jahres 2025 wurde diese Arbeit an der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Entstanden ist sie während meiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht. Das Manuskript habe ich im Oktober 2024 fertiggestellt und für die Drucklegung auf den Stand Juli 2025 gebracht. Die mündliche Prüfung fand am 28. April 2025 statt.

Mein erster und tief empfundener Dank gilt meinem akademischen Lehrer und Betreuer, Herrn Professor Dr. *Mathias Habersack*. Er hat mir sowohl bei der Wahl des Themas wie auch in meiner Arbeit am Lehrstuhl größtmögliche Freiheit gewährt. Auch nach fast acht Jahren der Tätigkeit für ihn bleibt bei mir das Gefühl von Bewunderung und Ehrfurcht angesichts jener wohl einmaligen Symbiose aus Fleiß, Disziplin, Sachkunde und Bescheidenheit, die ihn auszeichnet. Für das ebenso zügige wie wohlwollende Zweitgutachten danke ich Herrn Professor Dr. *Rüdiger Veil*. Für das anregende Prüfungsgespräch und sein Engagement im Münchener Gesprächskreis Recht und Gesellschaft danke ich Herrn Professor Dr. *Hans Christoph Grigoleit*.

Für die besondere Ehre der Aufnahme in die Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht gebührt mein Dank den Herausgebern Professor Dr. Dr. h.c. *Jörn Axel Kämmerer*, Professor Dr. *Rüdiger Veil* und Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Karsten Schmidt* sowie der Programmleiterin Frau Dr. *Julia C. Scherpe-Blessing*, LL.M. (Cantab). Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlags gilt mein Dank für einen professionellen Herstellungsprozess. In diesem Zusammenhang danke ich auch der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung für den großzügigen Druckkostenzuschuss, der es mir ermöglicht hat, die Ergebnisse meiner Forschung auch Open Access bereitzustellen.

Die Studienstiftung des deutschen Volkes hat mir wie bereits im Studium durch ihr großzügiges Promotionsstipendium weitere Freiräume eröffnet und zum interdisziplinären Austausch angeregt. Ermöglicht wurde diese Förderung durch Frau Prof. a.D. Dr. *Christine Windbichler*, LL.M. (Berkeley) als schriftliche Gutachterin und Herrn Univ.-Prof. Dr. *Sebastian Mock*, LL.M. (NYU) als mündlichen Prüfer.

Meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl danke ich für fruchtbare Gespräche, klugen Rat und so manche willkommene Ablenkung. Sie hatten auch einiges zu ertragen mit mir. Beinahe jeden Nachmittag mahlte ich irgendwo im Stockwerk kontemplativ Kaffeebohnen von Hand und leitete mit einem Kännchen Filterkaffee die oft produktivsten Stunden des Tages ein. Naturgemäß mehr Austausch hat sich mit meinen Bürogenossinnen und -genossen, den 313ern, ergeben.

Für das sorgfältige Korrekturlesen einzelner Teile und unzählige Diskussionen bedanke ich mich bei Dr. *Christoph Wenzel*, Dr. *Matthias Lüdeking* und *Peter Zickgraf*. Im Kartell- und Lauterkeitsrecht konnte ich stets auf die Unterstützung von *Shazana Rohr* zählen, wofür ich herzlich danke. Im Bereich der Verhaltensökonomie hat mir der Austausch mit Dr. *Raisa Sherif* wichtige Impulse geliefert – Dr. *Lena Greska* sei Dank.

Die wichtigsten ‚Stakeholder‘ sollte man immer für das Ende aufheben: Meiner Familie danke ich von Herzen für die Unterstützung. Ohne Zweifel gäbe es dieses Buch nicht ohne meine Mutter *Gudrun Schütze-Sharaf*, die mich mit viel Herzenswärme und unter manchen Entbehrungen durch ein Bildungssystem gelotst hat, in dem Bildungschancen noch allzu oft an Namen oder sozialer Herkunft scheitern. Auch wenn es sich für ihn selbst vielleicht manchmal nicht so angefühlt hat, hat mein Vater Dr. *Moussa Sharaf* als Migrant der ersten Generation enorm viel erreicht. Es schmerzt, dass er nach langem Kampf dieses Buch nie in den Händen halten wird. PD Dr. *Kariem Sharaf* ist als großer Bruder immer mutig vorangeschritten und hat mich glücklicherweise für das Studium nach München gelotst. Ohne diesen weisen Rat hätte ich im Grundstudium nie meine heutige Frau, Dr. *Kathrin Tremml*, kennenlernen können. Die vielen Schritte vom Grundkursstudenten zum promovierten hoffentlich bald Volljuristen gemeinsam mit ihr zu gehen, war mehr als besonders. Bei allen Schattenseiten einer reformbedürftigen Juristenausbildung war sie für mich immer das Licht.

Abschließend danke ich den Leserinnen und Lesern dieses Werks – so sehr die Verwendung des Plurals hier schon Mut erfordert – für jede Form von Rückmeldung. Wann immer es mir möglich ist, kläre ich Nachfragen gerne bei einem Kaffee.

München, im Frühherbst 2025

Samy G. Sharaf

# Inhaltsübersicht

Kapitel 1: Einführung .....	1
§ 1 Einleitung und Vorstellung der Forschungsfrage .....	1
Kapitel 2: Welche Prinzipien und Werte? .....	9
§ 2 Grundlagen zur Charakterisierung von Werten und Prinzipien im Sinne dieser Arbeit .....	9
§ 3 Systematisierung anhand von Fallstudien .....	33
§ 4 Äußere Gestaltungsgrenzen für Verbandsprinzipien .....	75
Kapitel 3: Wer kann mit welchen Mehrheiten Werte und Prinzipien festlegen und verändern? .....	115
§ 5 Einführung in die herrschende Trennung von Zweck und Gegenstand des Unternehmens .....	117
§ 6 Historische Entwicklung der Satzungsänderungsnormen als Wegweiser .....	163
§ 7 Das System der Grundlagenänderungen im Übrigen .....	199
§ 8 Folgerungen dieses Kapitels für die Änderung von Verbandsprinzipien .....	220
Kapitel 4: Was bewirkt eine Satzungsverankerung? .....	237
§ 9 Auslegung der übrigen Satzung sowie des dispositiven Rechts .....	237
§ 10 Strikte Bindung der Organe im Innenverhältnis .....	245
§ 11 Begrenzte Wirkung im Außenverhältnis .....	252



Kapitel 5: Wie und warum sollte dieses Instrument verwendet werden? .....	269
§ 12 Ökonomische Effekte und Aspekte .....	269
§ 13 Überlegungen de lege ferenda .....	288
 Kapitel 6: Einordnung der Ergebnisse .....	 315
§ 14 Beantwortung der Forschungsfrage und Schlussgedanken .....	315
§ 15 Zusammenfassung in Thesen .....	317
 Literaturverzeichnis .....	 325
Sachregister .....	357

# Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einführung.....	1
----------------------------	---

§ 1 Einleitung und Vorstellung der Forschungsfrage.....	1
---	---

A. Können auch Satzungen Leben verändern?.....	1
B. Vorstellung der Forschungsfrage .....	2
C. Einbettung in den Forschungsstand .....	3

Kapitel 2: Welche Prinzipien und Werte?.....	9
--	---

§ 2 Grundlagen zur Charakterisierung von Werten und Prinzipien im Sinne dieser Arbeit .....	9
---	---

A. Begriffsbestimmungen.....	9
I. Satzungsverankerung.....	9
1. Satzungs-begriff.....	9
2. Verankerungs-begriff .....	11
II. Wertebegriff.....	12
1. Positive Definition .....	12
2. Negative Abgrenzung .....	12
a) Werte im Sinne der Wertphilosophie .....	12
b) Werte im Sinne einer Rechtsidee.....	15
c) Werte im Sinne von numerischen (Vermögens-)Werten .....	15
III. Prinzipienbegriff .....	15
IV. Weitere Begriffe .....	16
1. Organisationsbezeichnungen .....	16
2. Organbezeichnungen und Personengruppen .....	18
3. Gemeinwohl-, Gemeinnützigkeits- und Nachhaltigkeitsbegriff.....	19
B. Präzisierung der Rechtsnatur der Satzung durch das Gestaltungsziel .....	20
I. Tatbestand des Rechtsgeschäfts: Der Geltungsgrund der Satzung im Verhältnis zum Mitglied .....	21
1. Von der Verbandsgewalt zum strikten Rechtsgeschäftsdenken .....	21
a) Die Normentheorie.....	22
aa) Gierkes sog. „Normentheorie“ .....	22
bb) Der Ursprung der Normentheorie .....	23

cc) Die Modifikationen der Normentheorie im Vereinsrecht .....	25
dd) Sinn und Unsinn der Normentheorie .....	26
b) Die Vertragstheorie und ihre Umwidmung zur Rechtsgeschäftslehre.....	26
2. Folgen für den Bereich der Satzungsänderung.....	27
II. Inhalt des Rechtsgeschäfts: Körperschaftliche Struktur .....	28
III. Fazit: Die Satzung als rechtsgeschäftliche Simulation einer Verfassung.....	30
C. Das Verhältnis zwischen Werten und Prinzipien .....	30
I. Prinzipienartige Werte als Widerspruch in sich? .....	30
II. Charakterisierung unter dem Oberbegriff Verbandsprinzipien.....	32
§ 3 Systematisierung anhand von Fallstudien .....	33
A. Klassifizierung und Typenbildung .....	34
I. Wertegeleitete Satzungsregeln.....	34
1. Klare Rechtsfolgen .....	35
2. Kein verbleibender Ermessensspielraum .....	35
3. Anwendungs- statt Abwägungskonflikt .....	35
II. Werte und Prinzipien als Optimierungsgebote.....	36
1. Keine unmittelbare Vollziehbarkeit.....	36
2. Abstrakte Kriterien .....	36
3. Abwägungs- statt Anwendungskonflikt .....	36
III. Rein deklaratorische und appellatorische Werte .....	37
1. Bloße Wiederholung oder Bekräftigung zwingenden Rechts .....	37
2. Ausdrückliche Unverbindlichkeit .....	37
3. Nennung bloßer Fakten, z. B. der Unternehmenshistorie .....	38
B. Anwendung der Klassifizierung anhand von Fallstudien .....	38
I. Fallbeispiele für Präambeln und Werteklauseln i.e.S. ....	38
1. Präambel der Räubersachen GmbH .....	39
2. Die Grundsätze der Unternehmensführung der Axel Springer SE .....	40
3. Die Werteklausel des FC Bayern München e.V. – in drei Akten.....	42
II. Fallbeispiele für Stakeholder-Schutz .....	45
1. Nachhaltigkeitsklausel der Danone Deutschland GmbH.....	45
2. Stakeholder-Klausel der reCup GmbH.....	47
3. Gemeinwohlorientierte Ziele der DB InfraGO AG.....	48
4. Die Ziele und Prinzipien der Stadtwerke München GmbH.....	51
III. Fallbeispiele für Vermögensbindungen.....	53
1. Bestimmbare Thesaurierungspflichten .....	53
2. Umsetzung der Selbstlosigkeit im Sinne der AO.....	54
3. Vermögensbindung beim Verantwortungseigentum .....	55
a) Modell der strikten Vermögensbindung im Professorenentwurf zum Verantwortungseigentum .....	56
b) Modell der eingeschränkten Selbstlosigkeit – Räubersachen GmbH ...	56
c) Modell des maximalen Ausschüttungsbetrags – Profit for Purpose oder Purpose for Profit? .....	58
aa) Modell des maximalen Ausschüttungsbetrags – Nevi GmbH .....	58

bb) Kombinationsmodell aus Gründerfixdividende („Principal Betrag“) und variabler Ausschüttung mit Höchstbetrag – VYLD. 60	
d) Vereinbarkeit mit Prinzip des Verantwortungseigentums im Professorenentwurf.....	63
IV. Fallbeispiele für Anforderungen an die persönliche Eignung der Mitglieder bzw. Organe.....	64
1. Inkompatibilität mit Mitgliedschaft in bestimmten Vereinigungen .....	65
2. Gesellschafterqualifikation beim Verantwortungseigentum.....	68
3. Wertgeleitete Anforderungen an Fremdkapitalgeber .....	71
V. Typenübersicht und Regelungsstandorte .....	73
C. Die ordnende Funktion der Systematisierung.....	74
 § 4 Äußere Gestaltungsgrenzen für Verbandsprinzipien .....	75
A. Rechtsformübergreifende Gestaltungsgrenzen .....	75
I. Isoliert unzulässige Verbandsprinzipien .....	75
1. Verbot verfassungsfeindlicher und sonstiger staatsgefährdender Bestrebungen nach dem Vereinsgesetz.....	75
2. Verbot von Kartellgesellschaften, Art. 101 AEUV und § 1 GWB.....	77
3. Verbot diskriminierender Vereinbarungen.....	78
II. Unzulässige Kombination von Verbandsprinzipien.....	79
1. Typenzwang durch Anerkennungsverfahren .....	79
a) Anerkannte Gemeinnützigkeit i.S.d. Abgabenordnung .....	79
b) Anerkennung von Spezialvereinigungen.....	81
aa) Umweltvereinigung nach § 3 UmwRG .....	81
bb) Forstbetriebsgemeinschaften nach § 18 BWaldG.....	82
cc) Qualifizierte Einrichtungen nach § 4 UKlaG, § 8b UWG .....	82
2. Mittelbarer Typenzwang durch Zertifizierungen.....	83
3. Verkehrs- und Gemeinwohlschutz durch Spartentrennung.....	84
III. Temporale Gestaltungsgrenzen: Ewigkeitsklauseln .....	85
1. Der Meinungsstand zu Ewigkeitsklauseln im Privatrecht.....	85
2. Verfassungstheoretische Aspekte.....	87
3. Stellungnahme .....	88
a) Der Verbotsgrund für Ewigkeitsklauseln.....	88
b) Rechtsfolgen des Verbots, insbesondere Lückenfüllung.....	90
c) Folgerungen für den Fall des OLG München, NZG 2020, 314.....	91
B. Rechtsformspezifische Gestaltungsgrenzen .....	93
I. Rechtsformimmanente Beschränkungen .....	93
1. Die Spezialrechtsformen .....	94
2. Die Rechtsformen mit Gestaltungskorridoren .....	94
3. Die Allzweck-Rechtsformen .....	95
II. Ordnungsrechtliche Beschränkungen .....	96
1. ... der Rechtsformwahl .....	96
a) Finanzsystemisch wichtige Akteure .....	97
b) Angehörige der freien Berufe.....	98

c) Weitere Spezialzuweisungen v.a. zum eingetragenen Verein .....	99
2. ... der Geschäftsmodelle .....	99
a) Anknüpfung an allgemein gemeinschädliche Geschäftsmodelle .....	99
b) Einschränkungen der Tätigkeitskombinationen für Berufsausübungsgesellschaften der freien Berufe .....	100
c) Weitere Spezialrechtsformen .....	101
d) Besondere Anforderungen an den Betrieb eines Totalisators .....	101
3. ... der internen Kompetenzzuweisung .....	102
a) Aktiengesellschaft .....	102
aa) Bestandsaufnahme der divergierenden Normbefehle .....	102
bb) Die Lehre vom Unternehmensinteresse und die Zulässigkeit von Gemeinwohl- oder Shareholder Value Klauseln .....	105
(i) Meinungsstand zur Berücksichtigung von Gemeinwohlbelangen im Aktienrecht .....	106
(ii) Erster Befund: Das Missverständnis des Gemeinwohls als vollziehbare Rechtsregel .....	107
(iii) Zweiter Befund: Falsche Anknüpfungspunkte der Disposition .....	109
cc) Zwischenergebnis: Das Aktionärsinteresse als Einfallstor für Gestaltungen des Unternehmensinteresses .....	113
b) Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	114
C. Ergebnis .....	114

### Kapitel 3: Wer kann mit welchen Mehrheiten Werte und Prinzipien festlegen und verändern? ..... 115

§ 5 Einführung in die herrschende Trennung von Zweck und Gegenstand des Unternehmens .....	117
A. Gegenwärtiger Normbestand zu Zweck und Gegenstand .....	118
B. Die Zweckänderung des § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB im Vereinsrecht .....	120
C. Die herrschende Begriffsdifferenzierung von Gegenstand des Unternehmens und Zweck im Gesellschaftsrecht .....	122
I. Die klassische Zweck-Mittel-Trennung in Reinform .....	124
1. Genese: Eine ahistorische Begriffstrennung .....	124
2. ... und ihre heutige Bedeutung im Schrifttum .....	126
II. Die Kombinationsansätze mit untergeordnetem Gegenstand .....	128
1. Gegenstand und Zweck i.e.S. als Zweckkomponenten .....	128
2. Gesellschaftsziel als Zweckkomponente .....	130
III. Die Trennung nach Adressaten (Innen-/Außenverhältnis) .....	131
IV. Der situative Zweckbegriff als Rettungsanker .....	132
V. Zwischenfazit: Der Zweck der Kapitalgesellschaft als babylonische Sprachverwirrung .....	133

D. Telos des Zwecks: Zweck und Zweckänderung als Einfallstor vertrags- und verfassungstheoretischer Konzepte .....	135
I. Die Zweckänderung als Neugründung .....	136
1. Die satzungsgebende und -ändernde Gewalt im Gesellschaftsrecht .....	137
a) Traditionelle Auffassung mit Blick auf das ADHGB 1861.....	138
b) Rudolf Fischer: Der Entdecker des scheinbaren Systems .....	138
2. Verfassungsändernde und verfassungsgebende Gewalt .....	140
a) Staatsphilosophisches Konzept .....	140
b) Niederschlag im deutschen Staatsrecht .....	141
3. Einwände gegen die Übernahme des Konzepts im Gesellschaftsrecht ....	143
a) Kaum begründbare Binnenhierarchie innerhalb der Satzung.....	143
b) Problematische Neigung zur Versteinierung mangels hinreichendem Repräsentationselement .....	146
aa) Trennung von Mitgliederversammlung und Mitgliedergesamtheit .....	146
bb) Prozessuale Erleichterung in § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB.....	147
cc) Fehlende Repräsentationselemente .....	147
c) Unpassendes, da dezisionistisches Grundkonzept.....	148
4. Fazit.....	149
II. Der Zweck als Grenze der Mehrheitsmacht .....	150
1. Die Rolle des Mehrheitsprinzips im privaten Körperschaftsrecht .....	151
a) Zöllner: Einstimmigkeitserfordernis als Grundlage für die Bindung an ein Verbandsinteresse .....	151
b) Öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen als Anwendungsfall des ausgehenden 20. Jahrhunderts .....	153
2. Das Mehrheitsprinzip im öffentlichen Körperschaftsrecht.....	154
a) Staatsphilosophisches Konzept .....	154
b) Niederschlag im deutschen Verfassungsrecht.....	156
3. Folgerungen für das private Körperschaftsrecht .....	157
4. Fazit: Wo keine Minderheit, da kein Schutzbedürfnis .....	158
III. Die Zweckänderung als Änderung der Geschäftsgrundlage .....	158
1. Welche verbandsrechtliche Geschäftsgrundlage? .....	159
2. Die Zweckförderungspflicht im Gesellschaftsrecht als Bezugspunkt für den Zweck als Geschäftsgrundlage? .....	160
3. Ergebnis: Verbandsrechtliche Geschäftsgrundlage als veraltete Terminologie ohne erkennbaren Bezug zum heutigen § 313 BGB.....	161
IV. Der Zweck als Antwort auf das Warum .....	162
 § 6 Historische Entwicklung der Satzungsänderungsnormen als Wegweiser.....	163
A. Historische Entwicklung der Satzungsänderungsnormen vor der Kodifikation des § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB.....	165
I. Der begriffliche Nukleus im Oktroi- und Konzessionssystem.....	165
1. Das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten: Gemeinnützigkeit als korporationsrechtlicher Normaltypus.....	165

2. Erste Kodifikationen des Aktienrechts und die Geburt des „Gegenstandes der Unternehmung“ .....	167
a) Code de Commerce von 1807: Stilprägend für die Sachfirma .....	167
b) Das Preußische Aktiengesetz von 1843: Legal Transplants aus dem Code de Commerce .....	168
3. Vor dem modernen Aktienrecht: Minderheitsschutz durch Konzession .....	168
a) Der preußische Entwurf zum ADHGB von 1857 .....	169
b) Das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch von 1861 .....	170
II. Das Aufkommen des modernen Kapitalgesellschaftsrechts und des Mehrheitsprinzips .....	172
1. Die Aktienrechtsnovelle 1870 – die Einstimmigkeit bleibt .....	173
2. Die Aktienrechtsreform 1884 – das Mehrheitsprinzip kommt .....	174
3. Das Genossenschaftsgesetz 1889: Liberale Satzungsänderungen im Windschatten der Aktienrechtsreform 1884 .....	178
4. Das GmbH-Gesetz 1892: Das Missverständnis der Rechtsform für jeden „Zweck“ .....	179
B. Genetische Entstehung des § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB – Fundamental- oder Spezialnorm? .....	181
I. Vereinsrechtliche Regelungen vor dem BGB, insb. in Sachsen und Bayern .....	182
II. Vorschlag der 1. Kommission: Konzessionssystem .....	183
III. Übergang zum System der Normativbestimmungen und Vorschlag der 2. Kommission .....	185
IV. Der abschließende Kommissionsentwurf und die Regelung zum 01.01.1900 .....	187
V. Zwischenergebnis zum historischen Aussagegehalt .....	187
C. Konstanz der relevanten Satzungsänderungsvorschriften seit den Reichsjustizgesetzen .....	190
I. Der Weg des Aktienrechts vom ADHGB über das HGB ins Aktiengesetz 1937 .....	190
1. Vom ADHGB 1884 in das HGB 1900 .....	190
2. ... und von dort zu § 146 Abs. 1 Satz 2 AktG 1937 .....	191
II. Normentwicklungen in der bundesrepublikanischen Zeit .....	193
1. Der Weg des § 146 Abs. 1 Satz 2 AktG 1937 in den heutigen § 179 Abs. 2 Satz 2 AktG .....	193
2. Weitgehende Konstanz auch des § 53 GmbHG .....	193
3. Redaktionelle Änderungen im Vereinsrecht .....	194
a) Umgesetzte Änderungen im Vereinsrecht .....	194
b) Formerleichterungen durch das Bürokratieentlastungsgesetz IV .....	195
c) Relevante Änderungen beim „Gegenstand des Unternehmens“ im Aktien- und GmbH-Recht .....	196
III. 125 Jahre Dornröschenschlaf der Satzungsänderung .....	197
D. Zwischenergebnis zur historischen Normentwicklung und ihrer Bedeutung für die Analogie zu § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB .....	197
§ 7 Das System der Grundlagenänderungen im Übrigen .....	199

A. Die wirtschaftliche Neugründung als Grundlagenänderung.....	200
I. Die wirtschaftliche Neugründung als Zweckänderung? .....	200
II. Werteverankerung als haftungsbegründende wirtschaftliche Neugründung? .....	202
B. Zwecktangierende Unternehmensverträge im Konzernrecht des AktG 1965.....	203
I. Aktiengesellschaft als abhängiges Unternehmen.....	203
1. Aktienkonzernrechtlicher Ausgangspunkt .....	203
2. Heranziehung in der Debatte um Zweckänderungen.....	204
II. GmbH als abhängiges Unternehmen .....	205
1. Begründungsansätze der herrschenden Meinung.....	205
2. Stellungnahme: Erneut unpassende Argumentation mit § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB anstatt auf die Mitgliedschaft abzustellen .....	206
C. Zweckändernde Umwandlungsvorgänge.....	207
I. System der Mehrheitserfordernisse bzw. Zustimmungsrechte .....	208
II. Abfindungssystem.....	211
III. Unionsrechtliches System bei grenzüberschreitenden Umwandlungen.....	212
D. Auflösungsbeschluss als Zweckänderung.....	213
E. Sonderproblematik: Squeeze Out.....	215
F. Zustimmungsrecht für Mehrstimmrechtsaktien und Nebenverpflichtungen als Gegentendenz? .....	216
I. Die Renaissance der Mehrstimmrechtsaktie.....	216
II. Zustimmungsrechte für Nebenverpflichtungen nach § 180 Abs. 1 AktG als Vorbild?.....	217
III. Systemfremde Sondergestaltungsmittel der Gründungsphase.....	218
G. Zwischenfazit zur Systematik von Mehrheiten, Zustimmungsrechten und Abfindung .....	219
 § 8 Folgerungen dieses Kapitels für die Änderung von Verbandsprinzipien.....	220
A. Die Zweckänderung nach § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB als vereinsrechtliche Sondervorschrift .....	221
I. Keine systematische Begriffswahl des Gesetzgebers.....	221
II. § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB als vereinsrechtliche Sondervorschrift.....	222
III. Die spezifisch vereinsrechtliche Interessenlage des § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB .....	225
IV. Werte und Prinzipien: Untauglichkeit der Abgrenzungsversuche nach „Zweck“ und „Unternehmensgegenstand“ .....	229
B. Die Trennung von Verbands- und Mitgliedschaftssphäre als Schlüssel für Prinzipienänderungen .....	230
I. Die Trennung von Individual- und Verbandssphäre und die Besonderheiten des Organisationsvertrags .....	230
II. Die Unterscheidung von Austritts- und Abfindungsrecht .....	231
III. Abfindungsanspruch nur bei aufopferungsähnlichen Eingriffen in die Mitgliedschaft.....	232



C. Zwischenfazit: Änderung von Verbandsprinzipien als im Grundsatz abfindungsfreie Mehrheitsentscheidung.....	236
---	-----

## Kapitel 4: Was bewirkt eine Satzungsverankerung? .....237

### § 9 Auslegung der übrigen Satzung sowie des dispositiven Rechts..... 237

A. Auslegung der übrigen Satzung .....	238
I. Beschreibung der Anwendungsfälle.....	238
II. Der Gedanke der Einheit der Verfassung .....	239
III. Anwendungsbezogener Nutzen.....	240
B. Auslegung des Gesetzesrechts im Lichte der Werteordnung der Satzung.....	240
I. Auslegung des dispositiven Gesetzesrechts im Lichte der Werteordnung der Satzung.....	240
II. Auslegung des zwingenden Gesetzesrechts im Lichte der Werteordnung der Satzung.....	242
C. Zwischenfazit: Lückenfüllungsfunktion der Werteordnung.....	243

### § 10 Strikte Bindung der Organe im Innenverhältnis..... 245

A. Bindung des Verbands im Ganzen .....	245
B. Folgen der Bindung für einzelne Organe .....	245
I. Folgen für die Mitgliederversammlungen i.w.S.....	246
II. Folgen für die Geschäftsführungsorgane .....	246
1. Pflicht zur Implementierung und Umsetzung der Verbandsprinzipien..	246
2. Methodische Anlehnung an das System der praktischen Konkordanz ..	248
III. Bindung der Aufsichtsorgane .....	248
C. Lösung von Zielkonflikten.....	249

### § 11 Begrenzte Wirkung im Außenverhältnis..... 252

A. Satzungsklauseln kein Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB.....	252
I. Der Begriff des Schutzgesetzes.....	252
II. Die Rechtsnatur der Satzung.....	253
III. Folgerungen für die Schutzgesetzeigenschaft von Satzungsklauseln.....	253
B. Satzungsklauseln als Schuldverhältnis mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	253
I. Präventive Haftungsfreistellung durch Satzungsregelung.....	254
II. Indikatoren für bzw. gegen eine Anspruchs begründung .....	255
C. Lauterkeitsrechtliche Relevanz von Selbstverpflichtungen in der Satzung .....	257
I. Die Satzung als (irreführende) geschäftliche Handlung? .....	257
II. Trennung von der Kommunikation über die Satzung .....	259
III. Bewertung der lauterkeitsrechtlichen Risiken von Werteklauseln .....	260
IV. Ausblick: Richtlinie über Umweltaussagen (Green Claims Directive).....	262
D. Durchsetzungsmöglichkeiten für Stakeholder .....	263
I. Präventive Gestaltungsmöglichkeiten.....	263

1. Selbstständige Vertragspartner .....	263
2. Arbeitnehmer .....	263
II. Anpassungs- und sonstige Gläubigerschutzrechte .....	264
E. Sonstige Haftungstatbestände und Zwischenfazit .....	266

## Kapitel 5: Wie und warum sollte dieses Instrument verwendet werden?.....269

### § 12 Ökonomische Effekte und Aspekte..... 269

A. Motivation 270	
I. ... des Verbands (Gestaltungsperspektive) .....	270
II. ... des Gesetzgebers (Regulierungsperspektive) .....	271
B. Verhaltensökonomische Erwägungen: Hindernisse und Katalysatoren .....	272
I. Methodische und faktische Grundlagen.....	272
II. Menschliche Unvollkommenheiten .....	273
1. Verantwortungsdiffusion in Gruppenentscheidungen als Hemmschuh für prosoziale Ergebnisse .....	273
2. Überreaktionen durch negative Reziprozität.....	274
3. Unterschätzen der prosozialen Einstellungen Dritter .....	274
4. Opt-In- bzw. Default-Optionen als starkes Gestaltungshindernis .....	275
5. Präferenz für die sichtbare gegenüber der effizienten guten Tat.....	275
III. ... als Chance .....	276
1. Default-Optionen und Entscheidungsanreize setzen.....	276
2. Wirksame Bestrafung von Heuchelei durch den Markt .....	277
3. Offene Abstimmungen zur Förderung prosozialen Verhaltens .....	278
4. Aufklärung über prosoziale Einstellung Dritter .....	278
5. Selbstverpflichtungen und der Drang konsistent zu handeln .....	279
IV. Zwischenfazit zum verhaltensökonomischen Potential.....	279
C. Rechtsökonomischer und regulierungstheoretischer Vergleich mit alternativer Nachhaltigkeitsregulierung .....	280
I. Nachhaltigkeit durch Berichts- und Transparenzpflichten.....	281
II. Verpflichtung zur Nachhaltigkeit .....	282
III. Periodische Beschlüsse als Say on Climate.....	284
IV. Werteklauseln in der Satzung.....	286

### § 13 Überlegungen de lege ferenda..... 288

A. Die vorgeschlagenen Änderungsgesetze .....	288
B. Unklarheiten im bestehenden Recht beseitigen.....	296
C. Minderheitenschutz durch Abfindungspflicht verwirklichen .....	298
D. Anregungen und Anreize für Werteklauseln schaffen .....	300
I. Verhaltensökonomisch optimierte Muster-Werteklauseln .....	301

II. Firmenrechtliches Privileg für gemeinwohlorientierte Unternehmensträger (gUt-GmbH/gUt-AG) .....	302
III. Vorzüge gegenüber einer alternativen Rechtsform(variante) für Verantwortungseigentum .....	307
 Kapitel 6: Einordnung der Ergebnisse .....	 315
§ 14 Beantwortung der Forschungsfrage und Schlussgedanken.....	315
§ 15 Zusammenfassung in Thesen .....	317
 Literaturverzeichnis .....	 325
Sachregister .....	357

# Abkürzungsverzeichnis

Das Verzeichnis nennt nur solche Abkürzungen, die nicht allgemein bekannt sind und/oder sich aus *Kirchner/Böttcher*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 10. Auflage, De Gruyter: Berlin/Boston 2021, ergeben.

AO	Abgabenordnung
ausf.	ausführlich
Begr.	Begründer
begr.	begründet
BMJ	Bundesministerium der Justiz
EGGmbHG	Einführungsgesetz zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
e.G.	eingetragene Genossenschaft
eGbR	eingetragene Gesellschaft bürgerlichen Rechts
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
h.Lit.	herrschende Literatur
i.E.	im Ergebnis
i.S.d.	im Sinne des
PartG	Partnerschaftsgesellschaft
RefE	Referentenentwurf
RFamU	Recht der Familienunternehmen
Var.	Variante
Verf.	Verfasser



## Kapitel 1

# Einführung

## § 1 Einleitung und Vorstellung der Forschungsfrage

### *A. Können auch Satzungen Leben verändern?*

Am Anfang dieser Arbeit steht ein Eingeständnis: Über die wahren Ziele, Prinzipien und Wertvorstellungen der Gesellschafter und Aktionäre von unternehmenstragenden Kapitalgesellschaften kann nur gemutmaßt werden. Auch am Ende dieses Buchs wird es keine Antwort auf diese Frage geben. Sind Anleger und Investoren besorgt um die Umwelt oder doch eher um ihre Dividende? Können Gesellschafterinnen und Gesellschafter einer GmbH damit leben, dass sich Mitgesellschafter, Geschäftsführer oder Mitarbeitende radikalisierten und öffentlich extremistische Positionen vertreten, solange die Gewinne weiterhin sprudeln, oder sind extremistische Kräfte in dieser GmbH unerwünscht?<sup>1</sup> Auch das sonst auskunftsfreudige Handelsregister schweigt zu diesen Fragen zumeist. Aufklärung erfährt man aus der Satzung allenfalls über die groben Tätigkeitsfelder, den sogenannten *Gegenstand des Unternehmens*. Geradezu redselig waren eine Zeitlang dagegen die von den Geschäftsführungsorganen verantworteten Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit.<sup>2</sup> Der auf der Homepage kolportierte „Purpose“ und „Unternehmenszweck [...] „Durch Sport können wir Leben verändern“<sup>3</sup> und der Unternehmensgegenstand der Adidas AG, „Entwicklung, [...] Herstellung und [...] Vertrieb von Textilien, Schuhen, Geräten und sonstigen Produkten [...] in den Bereichen Sport und Freizeit [...]“<sup>4</sup>, bewegen sich gattungstechnisch zwischen Kalenderpoesie und Enzyklopädieeintrag. Nüchterne, aber unzweifelhaft verbindliche

---

<sup>1</sup> Die Diskussion hierzu entwickelt sich im Kapitalgesellschaftsrecht in jüngster Zeit. Dringenden Handlungsbedarf sehen *Möslein*, NZG 2024, 177, 177 und *Möslein/Kübler/Schönbohm*, NZG 2024, 1687, 1687 ff.; in Erwidern hierzu *Harnos*, ZIP 2024, 503, 503 ff.; mit besonderem Fokus auf den Ausschluss aus wichtigem Grund *Grunewald*, GmbH 2024, 906, 906 ff.; *Werner*, NZG 2025, 105 Rn. 24 ff.

<sup>2</sup> Beinahe legendär ist daher das Schreiben von *Larry Fink*, dem Blackrock CEO, in dem dieser 2019 die börsennotierten Unternehmen zu einer nachhaltigeren Unternehmensführung aufforderte. Hieraus zitiert beispielsweise *Habersack*, in: FS Windbichler, 2020, 707, 709; ferner *Apfelbacher*, in: FS Krieger, 2020, 27, 27 ff. Bezeichnenderweise ist das Schreiben nur noch über Internetarchive abrufbar: <https://aips.online/wp-content/uploads/2019/05/Larry-Fink-letter-to-CEOs-2019-BlackRock.pdf>.

<sup>3</sup> Alle Zitate aus dem Unternehmensprofil der Adidas AG – abrufbar <https://www.adidas-group.com/de/uber-uns/profil/>.

<sup>4</sup> Zitiert aus § 2 Gegenstand des Unternehmens Nr. 1 der Satzung der Adidas AG, AG Fürth, HRB 3868 – Stand 22.05.2023. Einen ausbuchstabierte Zweck sucht man in der Satzung der Adidas AG wie bei den meisten Aktiengesellschaften vergebens.

Satzungen auf der einen Seite, auf der anderen Seite pathetische, gleichzeitig vollkommen unverbindliche Bekundungen der Geschäftsführungsorgane – das ergibt eine Diskrepanz, die notwendig Fragen aufwirft.<sup>5</sup>

Wenn die Satzung ausgerechnet zu den wichtigsten Prinzipien und dem Daseinsgrund der Gesellschaft schweigt, beginnt die Jurisprudenz notgedrungen, das Schweigen auszulegen – mal konservativer, mal progressiver, bisweilen auch kreativ. Gleichzeitig erschwert es die von der ganz herrschenden Literatur anerkannte allgemeine Geltung des § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB den Gesellschaftern und Aktionären, selbst für eine Klärung zu sorgen.<sup>6</sup> Statt des aussichtslosen Anliegens, die Satzungen von über 1,5 Millionen deutschen Kapitalgesellschaften<sup>7</sup> gleichzeitig danach auslegen zu wollen, welche Ziele, Prinzipien und Werte in diesen angedeutet sein könnten, lenkt diese Arbeit den Blick wieder auf die einzelne Satzung und deren gestalterisches Potential.

Die gesellschaftlichen Erwartungen an das Unternehmertum waren immer auch von Moral- und Wertvorstellungen geprägt.<sup>8</sup> „Werte streben nach Verbindlichkeit.“<sup>9</sup> – Mit dieser eindrücklichen Formel schlägt *Staaake* die Brücke von der individuellen Wertvorstellung zum Geltungsanspruch, der der Norm eigen ist. Ein Weg hin zu mehr Verbindlichkeit – derjenige der Satzungsverankerung – ist nun näher auszuleuchten.

## B. Vorstellung der Forschungsfrage

Die Arbeit widmet sich folgender Forschungsfrage: Wer kann und sollte welche Prinzipien und Werte mit welchen Mehrheiten nachträglich in der Satzung einer GmbH oder AG verankern und welche Folgen hat dies für die Kapitalgesellschaft?

Diese Forschungsfrage wird in mehrere Unterfragen zerlegt, die in den einzelnen Kapiteln beantwortet werden sollen. Das sich an die Einleitung anschließende Kapitel 2 befasst sich neben der Definition der Grundbegriffe mit der Frage, welche Prinzipien und Werte einerseits gemeint, andererseits zulässig sind. Danach geht es in Kapitel 3 um die Frage, wer die Prinzipien und Werte mit welcher Mehrheit nachträglich in die Satzung aufnehmen kann. Dieses Hauptkapitel wird mit einer

---

<sup>5</sup> A.A. wohl *M. Roth*, NZG 2024, 1103, Rn. 25, der keinen zwingenden Bedarf sieht, die Diskrepanz zwischen Purpose und Satzung zu beseitigen.

<sup>6</sup> Auf diesen Umstand weisen auch *Zimmermann/Weller*, ZHR 187 (2023), 594, 622 hin.

<sup>7</sup> Zum 01.01.2023 verzeichnete die Statistik 1.492.213 Gesellschaften in der Rechtsform der GmbH inklusive einem Achtel in der Variante UG (haftungsbeschränkt) sowie 13.313 Aktiengesellschaften und 905 Societates Europaeae, insgesamt also über 1,5 Millionen Kapitalgesellschaften; siehe *Bayer/Lieder/Hoffmann*, GmbHR 2023, 709, 715 ff. Zum 01.01.2024 sind es 1.541.751 Gesellschaften in der Rechtsform der GmbH (darunter 193.672 UG (haftungsbeschränkt)), in der Tendenz sinkend 12.965 Aktiengesellschaften, dagegen stark steigend 997 Gesellschaften in der Rechtsform der SE; siehe *Bayer/Lieder/Hoffmann*, GmbHR 2024, 785, 786 ff.

<sup>8</sup> Ausführlich von diesem Leitbild ausgehend zur Lieferkettenverantwortlichkeit nach dem LkSG *Ehrl*, Der Ehrbare Kaufmann im globalen Wirtschaftsrecht, 2025.

<sup>9</sup> *Staaake*, Werte und Normen, 2018, 261; in der Formulierung sehr ähnlich, allerdings mit deutlich kritischerem Unterton *C. Schmitt*, in: FS Forsthoff, 1967, 37, 52: „Der Wert ist nicht, sondern er gilt. [...] Das Gelten freilich impliziert, wie wir noch näher sehen werden, einen um so stärkeren Drang der Verwirklichung. Der Wert lechzt geradezu nach Aktualisierung.“

eingehenden Dogmen- und Normengeschichte und unter breiter systematischer Betrachtung anderer Grundlagenänderungen, aber auch mit Bezügen zur Verfassungstheorie herausarbeiten, warum die von der herrschenden Meinung postulierte Analogie zu § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB als Entscheidungsmodus für Zweckänderungen schon *de lege lata* haltlos ist. Zugleich soll der im Gesetz angelegte Mitgliederschutz interessen- und zielgerecht präzisiert werden.

Enthält die Satzung dann Prinzipien und Werte, ist in Kapitel 4 zu ihren Rechtswirkungen Stellung zu nehmen. Hierbei werden rechtstheoretisch reizvolle Fragen, wie zu ihrem Verhältnis zur übrigen Satzung und zum dispositiven Recht, aber auch Auswirkungen im Innenverhältnis der Gesellschaft, wie die Lösung von Zielkonflikten, beleuchtet. Ob mit Werteklauseln neue Haftungsrisiken einhergehen, ist Gegenstand des § 11.

Zuletzt stellt sich in Kapitel 5 die Frage, wie und warum das Instrument der Satzungsverankerung genutzt werden sollte. Methodisch dominieren dabei in § 12 die Neue Institutionen- und die Verhaltensökonomie, aber auch regulierungstheoretische Fragen. Diese werden in einem Kodifizierungsvorschlag *de lege ferenda* in § 13 vertieft.

Im Fokus stehen die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und die Aktiengesellschaft (AG) als klassische Kapitalgesellschaften deutschen Rechts. Die gefundenen Ergebnisse zur Aktiengesellschaft lassen sich weitestgehend auch auf die *Societas Europaea* (SE) mit Satzungssitz in Deutschland übertragen, allenfalls eingeschränkt jedoch auf die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA), deren Innenrecht sich grundsätzlich nach personengesellschaftsrechtlichen Maßstäben richtet.<sup>10</sup> Die Ergebnisse zur GmbH umfassen – soweit nicht ausdrücklich vermerkt – auch die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt), die in § 5a GmbHG als Rechtsformvariante der GmbH kodifiziert ist. Mithin ist der größte Teil der in Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaften erfasst.

Zu Vergleichszwecken werden regelmäßig auch Gestaltungen aus dem Vereinsbereich herangezogen. Obgleich es in der Organisationsverfassung große Parallelen zwischen Kapitalgesellschaften und eingetragenen Vereinen gibt, gelten für das Vereinsrecht gewisse Besonderheiten. Auf diese Besonderheiten wird teils schon einzugehen sein, weil die ganz herrschende Meinung für bestimmte Satzungsänderungen § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB analog bzw. entsprechend heranzieht, sodass auch dessen Rolle im Vereinsrecht selbst näher betrachtet werden wird.<sup>11</sup>

### C. Einbettung in den Forschungsstand

Die Auseinandersetzung mit Werten und Prinzipien im Gesellschaftsrecht stellt sich insgesamt als stark fragmentiert dar und steht methodisch unter starkem Einfluss internationaler Debatten, was zu einer gewissen Konjunktur

---

<sup>10</sup> Zur schwierigen Abgrenzung von personengesellschaftsrechtlichen und aktienrechtlichen Satzungsbestandteilen und der damit korrespondierenden Frage, welche Maßstäbe für die Satzungsänderung der KGaA gelten, statt vieler *Bachmann*, in: BeckOGK-AktR, Stand 01.06.2025, § 278 AktG Rn. 29; *Bachmann*, in: BeckOGK-AktR, Stand 01.06.2025, § 281 AktG Rn. 20 ff.

<sup>11</sup> Detailliert Kapitel 3, insb. → § 5 B., § 6 B., § 8 A.



rechtsvergleichender Ansätze<sup>12</sup> führt. Die Themenbereiche Nachhaltigkeit<sup>13</sup>, Langfristdenken<sup>14</sup>, Klimaschutz<sup>15</sup>, Menschenrechte<sup>16</sup> (insbesondere im Zusammenhang mit Lieferketten<sup>17</sup>), Corporate Purpose<sup>18</sup> bis hin zu Antisemitismus und Antirextrismus<sup>19</sup> werden sowohl nach Rechtsformen<sup>20</sup> wie auch nach dem Wert bzw. Prinzip an sich getrennt. Mit dem Recht der Familienunternehmen<sup>21</sup> oder dem

<sup>12</sup> *Bochmann/Leclerc*, GmbH 2021, 1141; *Möslein*, ZRP 2017, 175; *Möslein/Mittwoch*, *RabelsZ* 80 (2016), 399; *Schirmer*, ZEuP 2023, 326; *Weitemeyer*, ZGR 2023, 627; *Tittel*, *Hybride Rechtsformvarianten der AG und GmbH*, 2024; *Fleischer*, NZG 2022, 49; *Fleischer*, NZG 2022, 827; *Fleischer*, AG 2023, 1; *Fleischer/Pendl*, NZG 2023, 815; *Fleischer* (Hrsg.), *Rechtsformneuschöpfungen im in- und ausländischen Gesellschaftsrecht*, 2024; zur Lieferkette etwa auch *Habersack/Zickgraf*, *RabelsZ* 2023, 532, 541 ff.; *Nasse*, *Loi de vigilance: Das französische Lieferkettengesetz*, 2022.

<sup>13</sup> Beispielsweise *Zimmermann/Weller*, ZHR 187 (2023), 594; *Schirmer*, ZEuP 2023, 326; *Mittwoch*, *Nachhaltigkeit und Unternehmensrecht*, 2022; *Dörrwächter*, NZG 2022, 1083; *B. Westermann*, GmbH 2020, 1061; *Wicke*, DNotZ 2020, 448; *Schirmer*, *Nachhaltiges Privatrecht*, 2023; *Mittwoch/Friedmann*, NZG 2023, 1439; *Habersack*, NZG 2023, 1103; *Koch*, AG 2023, 553; *Fleischer*, ZIP 2022, 345; *Bochmann/Leclerc*, GmbH 2021, 1141; *Grisar*, GmbH 2023, 373; *Grisar/Volhard*, NZG 2024, 515; *Haubold*, *Die Normierung der Unternehmensziele der Aktiengesellschaft im Lichte der Nachhaltigkeit*, 2024.

<sup>14</sup> Etwa *Bueren*, *Short-termism im Aktien- und Kapitalmarktrecht*, 2022; *Bachmann*, ZHR 187 (2023), 166, 177 ff.

<sup>15</sup> Schwerpunkt bei *Schirmer*, *Nachhaltiges Privatrecht*, 2023, 13 ff. und *Mittwoch*, *Nachhaltigkeit und Unternehmensrecht*, 2022, 109 ff., im Übrigen *Ehrl*, NZG 2021, 1521; *Holle/Harnos*, AG 2021, 853; *Fleischer*, DB 2022, 37; *Drinhausen*, ZHR 186 (2022), 201; *Fleischer*, AG 2023, 833; *Bachmann*, ZHR 187 (2023), 166; *Habersack*, NZG 2023, 1103; *Sanders*, in: *Gesellschaftsrechtliche Vereinigung (VGR)*, *Gesellschaftsrecht in der Diskussion* 2022, 2023; *Vetter*, AG 2023, 564; *Weller/Höfl/Seemann*, ZIP 2024, 209; *Weller/Höfl/Seemann*, ZIP 2024, 330; *Weller*, in: *Verhandlungen des 74. Deutschen Juristentages Stuttgart 2024*, Band I, 2024.

<sup>16</sup> Mit Fokus auf das Vereinsrecht, aber auch Einflussmöglichkeiten auf die AG *Sharaf*, ZIP 2022, 1427; stärker zur AG *Mock/Mohamed*, NZG 2022, 350, 351 ff.

<sup>17</sup> Ausführlich *Habersack/Zickgraf*, *RabelsZ* 2023, 532; ferner *Rühmkorf*, ZGR 2018, 410; rechtsvergleichend auch *Nasse*, *Loi de vigilance: Das französische Lieferkettengesetz*, 2022; außerdem *Ehrl*, *Der Ehrbare Kaufmann im globalen Wirtschaftsrecht*, 2025.

<sup>18</sup> *Windbichler*, in: FS Karsten Schmidt II, 2019, 673, 681 f.; *Apfelbacher*, in: FS Krieger, 2020, 27, 27 ff.; *Habersack*, in: FS Windbichler, 2020, 707, 707 ff.; *Fleischer*, ZIP 2021, 5, 5 ff.; *Lieder*, in: FS Henssler, 2023, 1057, 1060; *Rentsch/Weller*, in: FS Henssler, 2023, 1189, 1196 ff.; *Habersack/Vetter/Bergmann*, in: *Gesellschaftsrechtliche Vereinigung (VGR)*, *Reformbedarf im Aktienrecht – Vorschläge für eine große Aktienrechtsreform*, 2024, Rn. 2.3; grundlegend *Mayer*, *Prosperity: Better Business Makes The Greater Good*, 1. Edition 2018; *Edmans*, *Grow the Pie – How Great Companies Deliver Both Purpose and Profit*, Aktualisierte 1. Auflage 2022.

<sup>19</sup> *Möslein*, NZG 2024, 177, 177; gegen den Eindruck des unpolitischen Aktienrechts in Erweiterung *Harnos*, ZIP 2024, 503, 503 ff.; differenziert *Grunewald*, GmbH 2024, 906, 908 ff.; *Werner*, NZG 2025, 105, 105 ff. Mit einem Vorschlag für Extremismusklauseln als Grundlage für einen Ausschluss von Mitgliedern aus einer Kapitalgesellschaft nun auch *Mörmel/Brandau*, ZIP 2024, 2248, 2255 ff. und *Möslein/Kübler/Schönbohm*, NZG 2024, 1687 Rn. 7 ff.

<sup>20</sup> ‚Say on Climate‘ wie auch ‚Say on Human Rights‘ werden zumeist AG-spezifisch aufbereitet (etwa *Holle/Harnos*, AG 2021, 853, 856 ff.; *Vetter*, AG 2023, 564; *Kühle*, NZG 2023, 1583, *Komo/Mathias/Schimmel*, NZG 2025, 152) oder eben nur für die GmbH (*B. Westermann*, GmbH 2020, 1061; *Richter*, ZGR 2025, 43, 44 ff.); nur für die GmbH zum Thema Nachhaltigkeit etwa *Grisar*, GmbH 2023, 373; nur für die AG dagegen *Haubold*, *Die Normierung der Unternehmensziele der Aktiengesellschaft im Lichte der Nachhaltigkeit*, 2024.

<sup>21</sup> So der Titel einer recht neuen Zeitschrift im Verlag C.H. Beck; schon im dritten Heft stellt *Kals* allerdings klar: „Weder gibt es ein Gesetz für Familiengesellschaften noch ein spezifisches Familienunternehmensrecht. Dies ist auch richtig, sind doch Familienunternehmen nur

Recht der Sozialunternehmen<sup>22</sup> werden weitere Trennschichten und Unterdisziplinen aufgebaut, ohne dass immer einleuchtet, warum das Gesellschaftsrecht dort ein völlig anderes sein soll.<sup>23</sup>

Im Gegensatz zu Arbeiten, die sich etwa mit der Rolle des Gesellschaftsrechts als Instrument zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen beschäftigen,<sup>24</sup> tritt diese Arbeit nicht mit einem vordefinierten Gemeinwohlziel von außen an die Gesellschaft heran, sondern untersucht die rechtlichen Voraussetzungen und Folgen der freiwilligen Verankerung von Wertvorstellungen in der Satzung. Im Fokus steht also gerade das Modell der Satzungsverankerung, nicht, ob dieses Modell aus der Regulierungsperspektive für die Erreichung eines *bestimmten Ziels* die beste Lösung darstellt. Es soll vielmehr ermittelt werden, inwieweit die Satzung als unternehmerische Werteordnung tauglich ist und wie die daraus resultierenden Rechtsprobleme gelöst werden können.

Während über die Grundrechte als Wert(e)ordnung schon viel geschrieben worden ist,<sup>25</sup> muten die Zweckbestimmungen in den Satzungen und Gesellschaftsverträgen der meisten deutschen Kapitalgesellschaften eher nüchtern, einförmig, technisch und wenig aussagekräftig an. Weder das unternehmerische Leitbild noch historische Schlüsselmomente wie Datum und Ort der Unternehmensgründung werden im Handelsregister verewigt. Eine völlig andere Gestaltungsvielfalt findet man in Vereinssatzungen – etwa Antixtremismus-Klauseln, die jüngst sogar vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet worden sind<sup>26</sup>, oder auch menschenrechtliche oder nachhaltigkeitsbezogene Selbstverpflichtungen.<sup>27</sup>

---

besondere Typen von Gesellschaften“, *Kalss*, RFamU 2022, 97, 97; weitere Aufsätze in dem Bereich sind etwa *Fleischer*, NZG 2022, 1371; *Fleischer*, ZIP 2023, 2385.

<sup>22</sup> Mit einer Vermessung dieses Forschungsfeldes *Fleischer/Pendl*, NZG 2023, 815; zuvor schon monografisch *Momberger*, Social Entrepreneurship, 2015; rechtsvergleichend *Möslein/Mittwoch*, *RabelsZ* 80 (2016), 399, 400 ff. Zurückhaltend *Habersack/Vetter/Bergmann*, in: *Gesellschaftsrechtliche Vereinigung (VGR)*, Reformbedarf im Aktienrecht – Vorschläge für eine große Aktienrechtsreform, 2024, Rn. 2.36.

<sup>23</sup> Ähnlich der Befund bei *Koch*, AG 2023, 553, Rn. 5 zum „Rebranding“ der alten Debatte um das Leitungsermessen durch die Einführung des Begriffs „Corporate Social Responsibility“.

<sup>24</sup> Etwa *Mittwoch*, Nachhaltigkeit und Unternehmensrecht, 2022; *Schirmer*, Nachhaltiges Privatrecht, 2023; letztlich auch *Haubold*, Die Normierung der Unternehmensziele der Aktiengesellschaft im Lichte der Nachhaltigkeit, 2024, 85 ff., der sich vor allem mit der Frage beschäftigt, ob zwingende gesetzliche Nachhaltigkeitspflichten auf die Unternehmensziele der AG einwirken und ausstrahlen, diesem Modell gegenüber allerdings deutlich skeptischer ist als die vorgenannten Werke (*Haubold*, a.a.O., S. 443 ff.).

<sup>25</sup> St. Rspr. BVerfGE 7, 198, 205 = JZ 1958, 119 – Lüth; näher etwa *Schapp*, JZ 1998, 913, 913; *Di Fabio*, JZ 2004, 1 1.

<sup>26</sup> BVerfG, Beschluss v. 02.02.2023, Az. 1 BvR 187/21 = NJW 2023, 976 – Toleranzklauseln; begleitet von Presseberichten etwa: LTO, 28.02.2023, Sportverein durfte NPD-Funktionär ausschließen, <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bverfg-1bvr18721-ausschluss-npd-mitglied-sportverein-gegen-extremismus-rassismus/>; *Christian Rath* auf taz.de, 28.02.2023, Verein darf NPDler ausschließen, <https://taz.de/Keine-Diskriminierung!/5919246/>; spiegel.de, 28.02.2023, Hamburger NPD-Politiker scheitert mit Beschwerde gegen Ausschluss aus Sportverein, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-lennart-schwarzbach-scheitert-mit-beschwerde-gegen-ausschluss-aus-sportverein-a-8f5f89dc-d1da-4821-95ed-6a7f76469c97>.

<sup>27</sup> Hierzu bereits *Sharaf*, ZIP 2022, 1427.

Anders als der Titel des Werkes vermuten lassen könnte, soll es gerade nicht darum gehen, die *richtigen* Prinzipien und Werte für Kapitalgesellschaften zu finden und durch Gesetz festzulegen.<sup>28</sup> Dieses Buch soll den Gesellschaftern und Aktionären vielmehr wieder Werkzeuge an die Hand geben, selbstbestimmt und im Rahmen der durch zwingendes Recht und die Werteordnung des Grundgesetzes festgelegten Grenzen eine eigene *Binnenwerteordnung* zu schaffen, in der die grundlegenden Prinzipien und Werte des Verbands klar und verbindlich niedergelegt werden können, ohne dabei zu versteinern.

Diese Arbeit will in die Tiefenstrukturen des juristischen ‚Betriebssystems‘ der Kapitalgesellschaft vordringen und bei Zweck und Gegenstand des Unternehmens genauer hinsehen. Gerade diesem so wichtigen Begriffspaar wird inzwischen häufiger attestiert, dass es erstaunlich wenig erforscht sei.<sup>29</sup> Es darf nicht verschwiegen werden, dass es selbstverständlich auch zu diesen Begriffen bereits monografische Ausführungen gibt.<sup>30</sup> Diese Monografien problematisieren aber kaum die Begriffstrennung als solche, sondern suchen für ihren untersuchten Begriff den eigenen Anwendungsbereich und stecken ihn gegen andere Begriffe ab. Mit der Übernahme meist betriebswirtschaftlicher Konzepte<sup>31</sup> versuchen sie teils Systeme zu entwickeln, die zwar in sich schlüssig sind, leider indes selten für das gesamte private Körperschaftsrecht, also für Kapitalgesellschaften und Vereine, aufgehen. Wechselseitige Scheuklappen verhindern zudem, dass einst einheitlich gedachte Fragen der Verfassung von privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften vergleichend betrachtet werden. So wie das Staatsrecht heute ohne besonderes Gewaltverhältnis und Subordination auskommt, kann auch das Verhältnis von Verband und Mitglied ohne Rückgriff auf Vokabeln wie „Unterwerfung“<sup>32</sup> auf rechtsgeschäftlicher Basis erklärt werden, ohne dass die gemeinsame Tradition der Körperschaft ignoriert werden muss.

---

<sup>28</sup> In diese Richtung geht die Methode bei Mittwoch, die fragt, welchen Nachhaltigkeitsbeitrag das Gesellschaftsrecht leisten kann, und dabei auch Sympathien dafür zeigt, bestimmte Nachhaltigkeitsziele verbindlich festzulegen; siehe *Mittwoch*, Nachhaltigkeit und Unternehmensrecht, 2022, 8; *Mittwoch/Friedmann*, NZG 2023, 1439, 1444 ff.

<sup>29</sup> So in jüngerer Zeit etwa *Fleischer*, ZIP 2023, 2385, 2389; *Holler*, DStR 2019, 931, 936 sowie *Bong*, Gesellschaftsrechtliche Wirkungen einer Familienverfassung, 2022, 410. Jüngst erschienen ist allerdings eine im Kern vereinsrechtliche Arbeit zum Zweck, *P. Schäfer*, Vereinszweck und Gemeinnützigkeit, 2024.

<sup>30</sup> Zum Gegenstand des Unternehmens *Tieves*, Der Unternehmensgegenstand der Kapitalgesellschaft, 1998; *Streuer*, Der statutarische Unternehmensgegenstand, 2001; zum Zweck *Ueberfeldt*, Satzungsänderung und Satzungsdurchbrechung im Vereinsrecht und Aktienrecht, 1934; *Sonnenberg*, Die Änderung des Gesellschaftszwecks, 1990; *K. Schmidt*, Verbandszweck und Rechtsfähigkeit im Vereinsrecht, 1984; *Großmann*, Unternehmensziele im Aktienrecht, 1980; *Birke*, Das Formalziel der Aktiengesellschaft, 2005; *Happ*, Stifterwille und Zweckänderung, 2007; *P. Schäfer*, Vereinszweck und Gemeinnützigkeit, 2024.

<sup>31</sup> Insbesondere *Birke*, Das Formalziel der Aktiengesellschaft, 2005, 139 ff. mit dem „Formalziel“ in Abgrenzung zum „Sachziel“ – eine Unterscheidung, die etwa auch für Familienunternehmen aufgegriffen und kompakt erläutert wird von *Fleischer*, ZIP 2023, 2385, 2386 ff.

<sup>32</sup> BGHZ 21, 370, 373; von *Gierke*, Die Genossenschaftstheorie und die Deutsche Rechtsprechung, 1887, 183; kritisch zur Terminologie bereits *van Look*, Vereinsstrafen als Vertragsstrafen, 1990, 109 ff.

Wenn im Gesellschaftsrecht überhaupt auf Verfassungsrecht eingegangen wird, geht es vor allem darum, Grenzen der Privatautonomie,<sup>33</sup> aber auch den materiellen Schutzgehalt insbesondere der Mitgliedschaft in der Kapitalgesellschaft gegenüber einer skrupulösen Mehrheit abzustecken.<sup>34</sup> In aller Regel wird der Schutz an der Eigentumsfreiheit aus Art. 14 Abs. 1 GG gemessen,<sup>35</sup> vereinzelt wurde vorgeschlagen, nur auf Art. 2 Abs. 1 GG abzustellen.<sup>36</sup> Für organisationsbezogene Fragen kommt es auch stark auf den Schutzbereich der Berufsausübungsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG an.<sup>37</sup> Die Vereinigungsfreiheit aus Art. 9 Abs. 1 GG wird demgegenüber typischerweise eher knapp behandelt.<sup>38</sup> Auch mehr als vierzig Jahre nach dem grundlegenden *Nassauskiesungsbeschluss*<sup>39</sup> ist im Gesellschaftsrecht weiter die Rede von *Enteignungen*<sup>40</sup> und ist das formale Verständnis der Inhalts- und Schrankenbestimmungen<sup>41</sup> nicht in der gesamten Breite des Schrifttums angekommen. Es kann insgesamt nicht verwundern, dass das Bundesverfassungsgericht schon seit der *Feldmühle*-Entscheidung<sup>42</sup> eine große Zurückhaltung zeigt, wenn es um die grundrechtlichen Gestaltungsgrenzen des Gesetzgebers im Gesellschaftsrecht geht.<sup>43</sup> Die allermeisten Grundlagenänderungen sind inzwischen auch in den Konstellationen zugunsten eines eigennützigen Mehrheitsgesellschafters

---

<sup>33</sup> Hey, Freie Gestaltung in Gesellschaftsverträgen und ihre Schranken, 2004, 73 ff.; Brummer, Satzungsautonomie und Ewigkeitsklauseln, 2022, 196 ff.; ohne verfassungsrechtliche Grenzen kommt überraschend etwa aus Teichmann, Gestaltungsfreiheit in Gesellschaftsverträgen, 1970.

<sup>34</sup> Im Überblick zum Schutz des Anteilseigentums etwa Burgi, in: Burgi/Habersack, Handbuch Öffentliches Recht des Unternehmens, 2023, Rn. 20 ff.; Fest, in: FS Hager, 2021, 355, 355 ff.; Hellgardt/Unger, ZHR 183 (2019), 406, 409 ff.; Mülberr/Leuschner, ZHR 170 (2006), 615; Schön, in: FS Ulmer, 2003, 1359; klassisch, aber altersbedingt ohne die zahlreichen Präzisierungen aus den 2000er-Jahren etwa von Falkenhausen, Verfassungsrechtliche Grenzen der Mehrheits-herrschaft nach dem Recht der Kapitalgesellschaften (AG und GmbH), 1967, 103 ff.; Suhr, Eigentumsinstitut und Aktieneigentum, 1966, 19 ff.

<sup>35</sup> Burgi, in: Burgi/Habersack, Handbuch Öffentliches Recht des Unternehmens, 2023, Rn. 20 ff.; Fest, in: FS Hager, 2021, 355, 355 ff.; Hellgardt/Unger, ZHR 183 (2019), 406, 409 ff.; Schön, in: FS Ulmer, 2003, 1359.

<sup>36</sup> Mülberr/Leuschner, ZHR 170 (2006), 615, 649 ff.

<sup>37</sup> Rast, Unternehmerische Organisationsfreiheit und Gemeinwohlbelange, 2022, 316 ff.; Überblick der Grundrechte auch bei Habersack/Kersten, BB 2014, 2819, 2822; a.A. wohl Voß, Unternehmenswissen als Regulierungsressource, 2019, 227 ff., der den Schwerpunkt zunächst auf objektive Berufswahlregelungen legt. Im Überblick auch bereits Spindler, Unternehmensorganisationspflichten, 2001, 445 ff.

<sup>38</sup> Etwa Rast, Unternehmerische Organisationsfreiheit und Gemeinwohlbelange, 2022, 407; Voß, Unternehmenswissen als Regulierungsressource, 2019, 242 f.; Burgi, in: Burgi/Habersack, Handbuch Öffentliches Recht des Unternehmens, 2023, Rn. 19.

<sup>39</sup> BVerfGE 58, 300 = NJW 1982, 745.

<sup>40</sup> Etwa Wiedemann, in: FS Goette, 2011, 617, 620, der die „Privatenteignungen“ (a.a.O.) an die Voraussetzungen des Art. 14 Abs. 3 GG knüpfen will.

<sup>41</sup> Zum Begriff der Inhalts- und Schrankenbestimmung – auch unter Berücksichtigung der Nassauskiesungsentscheidung – aus gesellschaftsrechtlicher Perspektive bereits eingehend Spindler, Unternehmensorganisationspflichten, 2001, 465 ff. m.w.N.

<sup>42</sup> BVerfGE 14, 263, 273 ff. – Feldmühle.

<sup>43</sup> Im Anschluss u. a. BVerfGE 25, 371 – Rheinstahl; BVerfGE 50, 290 – Mitbestimmung; BVerfGE 100, 289 – DAT/Altana; BVerfG ZIP 2000, 1670 – Moto Meter (zur übertragenden Auflösung); BVerfG ZIP 2010, 571 – Squeeze Out.

verfassungsgerichtlich ausgefochten,<sup>44</sup> sodass für die hier im Fokus stehenden omnilateral wirkenden Satzungsgestaltungen kaum neue verfassungsrechtliche Hürden in Betracht kommen. Auf diese Fragestellungen wird daher bewusst kein Schwerpunkt gesetzt.

Diese Arbeit versteht sich dagegen auch als ein Beitrag zu einem modernen *Privatverfassungsrecht*.<sup>45</sup> Mit der Spezialisierung der Staatslehre und ihrer Verortung im Öffentlichen Recht trennten sich das Kapitalgesellschafts- und Vereinsrecht als Privatverfassungsrecht vom Staatsrecht als Staatsverfassungsrecht.<sup>46</sup> Der Sache nach gibt es eine Vielzahl von Problemen und Streitständen, die älter als dieser Scheideweg der Weimarer Zeit sind. So begrüßenswert es ist, dass sich das Privatverfassungsrecht langsam, aber sicher von obrigkeitstaatlichen Relikten im Verständnis des Verhältnisses von Verband und Verbandsmitgliedschaft verabschiedet hat, so bedauerlich ist das Ignorieren der gemeinsamen theoretischen Wurzeln und der Versuch, rein rechtsgeschäftliche Dogmatik über verfassungsrechtlich geprägte Vorschriften zu stützen.

Es ist ein unvorstellbares Privileg des privatrechtlichen Körperschaftsrechts, Millionen von Satzungen erforschen, gestalten und individualisieren zu dürfen.<sup>47</sup> Worauf also noch warten?

---

<sup>44</sup> Im Überblick zum Schutz des Anteilseigentums etwa *Burgi*, in: *Burgi/Habersack*, Handbuch Öffentliches Recht des Unternehmens, 2023, Rn. 20 ff.; *Fest*, in: *FS Hager*, 2021, 355, 355 ff.; *Hellgardt/Unger*, ZHR 183 (2019), 406, 409 ff.; *Mülbart/Leuschner*, ZHR 170 (2006), 615; *Schön*, in: *FS Ulmer*, 2003, 1359 klassisch, aber altersbedingt ohne die zahlreichen Präzisierungen aus den 2000er-Jahren etwa von *Falkenhausen*, Verfassungsrechtliche Grenzen der Mehrheitsherrschaft nach dem Recht der Kapitalgesellschaften (AG und GmbH), 1967, 103 ff.; *Suhr*, Eigentumsinstitut und Aktieneigentum, 1966.

<sup>45</sup> Spannend in diesem Zusammenhang der im Kern öffentlich-rechtliche Ansatz von *Schiffbauer*, Formale Verfassungslehre, 2021, der allerdings auch Querbezüge zum Vereinsrecht herstellt.

<sup>46</sup> Kritisch zu dieser Trennung in jüngerer Zeit auch *Somek*, VVdStRL 2020, 7, 24 f.; *Towfigh/Zepf*, JZ 2023, 937; *Herzog*, JZ 2023, 968, 971.

<sup>47</sup> Eine Heerschar von Staatsrechtlerinnen und Staatsrechtlern muss sich mit nicht einmal 200 Staatsverfassungen weltweit begnügen, die sich in Geltung befinden; Übersicht beim *Constitute Project*, das Stand 01.07.2025 193 Verfassungen in Geltung verzeichnet; abrufbar unter: [https://www.constituteproject.org/constitutions?lang=en&status=in\\_force](https://www.constituteproject.org/constitutions?lang=en&status=in_force). Ähnlich zu verstehen ist der Befund der übermäßigen Normorientierung des Gesellschaftsrechts bei *Fleischer/Mock*, in: *Fleischer/Mock*, Große Gesellschaftsverträge aus Geschichte und Gegenwart, 2021, 25.

## Kapitel 2

# Welche Prinzipien und Werte?

Zunächst ist zu ermitteln, welche Prinzipien und Werte eine Kapitalgesellschaft in der Satzung verfolgen kann. Damit sind drei Kernbegriffe dieser Arbeit aufgeworfen, die einer genaueren Definition harren. Auch die Beziehung von Prinzipien und Werten ist bisher nicht aufgeschlüsselt. Diese Unterfragen stehen im Fokus des § 2. Um die Begriffe mit Leben zu füllen, werden in § 3 einige Beispiele und Fallstudien betrachtet und eingeordnet. Zum Schluss sollen in § 4 die Grenzen der Gestaltung von Prinzipien und Werten mit besonderem Fokus auf die Kapitalgesellschaft herausgearbeitet werden.

## § 2 Grundlagen zur Charakterisierung von Werten und Prinzipien im Sinne dieser Arbeit

### A. Begriffsbestimmungen

Der rechtsformen- und institutionenvergleichende Ansatz<sup>1</sup> im späteren Verlauf der Arbeit zwingt zu einer gewissen begrifflichen Abstraktion, um für ähnliche Phänomene taugliche Bezeichnungen nutzen zu können. Es sollen daher gewisse Basisbegriffe für die Forschungsfrage bereits vorab klargestellt werden.

#### 1. Satzungsverankerung

##### 1. Satzungsbegriff

Dem Begriff der Satzung ist bei der Gesetzeslektüre wesentlich seltener zu begegnen als im Schrifttum. Ausdrücklich findet er Verwendung im Aktiengesetz und wird dort nach § 2 AktG als Gesellschaftsvertrag legaldefiniert. Angesichts der historischen Entwicklung der Aktiengesellschaft aus dem Vereinsrecht heraus<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Rechtsformenvergleichend ist der Ansatz, soweit es um die Betrachtung mehrerer Rechtsformen der deutschen Rechtsordnung handelt. Institutionenvergleichend sind Querbezüge zur Verfassungstheorie und dem Staat als öffentlich-rechtliche (Gebiets-)Körperschaft.

<sup>2</sup> K. Schmidt, *Verbandszweck und Rechtsfähigkeit im Vereinsrecht*, 1984, 25 f., der durchaus treffend das Bild einer gemeinsamen vereinsförmig fundierten Familie wählt, aus der allerdings eigenständige Rechtsformen erwachsen sind; parallel auch Flume, *Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts – Die juristische Person*, 1983, § 4 I, 100 f. Interessant allerdings auch die Perspektive von Gierkes, wonach vor allem der Art. 2 EGHGB für die damals im HGB geregelten Aktiengesellschaften die Anwendbarkeit vereinsrechtlicher Normen geöffnet hat; von Gierke, *Archiv für Bürgerliches Recht* 1901, 114, 131.

verwundert es nicht, hier erstmals in § 25 BGB auf den Terminus „Vereinssatzung“ zu stoßen, dessen Kurzform „Satzung“ in den folgenden Paragraphen vielfach Verwendung findet, etwa in §§ 26 Abs. 1 Satz 2, 27 Abs. 2 Satz 2, 40 BGB. Auch die Stiftung nimmt etwa in § 81 Abs. 1 Satz 3 BGB Bezug auf die „Satzung“. Nie isoliert, sondern allenfalls wie in § 40 Abs. 1 Satz 2 GmbHG verbunden als „Satzungssitz“ oder wie in §§ 53 f. GmbHG als „Satzungsänderung“, taucht die „Satzung“ im GmbH-Gesetz auf; hier bewendet es vielmehr beim „Gesellschaftsvertrag“, etwa in § 2 Abs. 1 GmbHG.

Gemein haben all die erwähnten *Satzungen* und *Gesellschaftsverträge* doch Folgendes: Sie sind ein für die Errichtung der juristischen Person notwendiges, im Register einzutragendes Dokument, bilden gleichsam die Verfassung<sup>3</sup> derselben und binden im Falle der Körperschaften alle, auch nachträglich hinzukommenden Mitglieder und Organe.<sup>4</sup> Ausgehend von dem Verfassungsbild des § 25 BGB erfüllen sie verschiedene Funktionen, die in der didaktischen Aufbereitung des Gesellschaftsrecht nicht selten auch so bezeichnet werden. Fragen der Organzuständigkeiten, der internen Verfahren zur Willensbildung und der Organbesetzung werden dabei der „Organisationsverfassung“<sup>5</sup> zugeordnet. Die im Bereich der Kapitalgesellschaften schon namensprägenden Regelungen zur Kapitalaufbringung, -erhaltung und -erhöhung werden als „Finanzverfassung“<sup>6</sup> beschrieben. Gemein haben die Satzungen ebenfalls ein gegenüber der üblichen Vertragsanpassung spezielles Änderungsverfahren, das keine einstimmigen Entscheidungen erfordert.<sup>7</sup>

Die Wahl der Satzung als einheitlichen Oberbegriff soll kein Fingerzeig für ein normentheoretisches Verständnis der Rechtsnatur sein, sondern ist in erster Linie dem Umstand geschuldet, dass auch vereinsrechtliche Vorschriften prominent behandelt werden, für die der Begriff *Gesellschaftsvertrag* wesentlich unpassender wäre als es der Satzungs-begriff umgekehrt für die Statute der Kapitalgesellschaften ist.<sup>8</sup>

Der dieser Arbeit zugrundeliegende Satzungs-begriff meint folglich also das konstitutiv im jeweiligen Register einzutragende Organisationsstatut der jeweiligen juristischen Person des Privatrechts, das über ein besonderes Änderungsverfahren

<sup>3</sup> BGHZ 21, 373 sowie die nichtamtliche Überschrift des § 25 BGB.

<sup>4</sup> Ähnliche Merkmale arbeitet etwa heraus H. P. Westermann, in: Max-Hachenburg-Gedächtnisvorlesung, 1994, 25, 33.

<sup>5</sup> So etwa Schäfer, Gesellschaftsrecht, 6. Auflage 2023, § 34 Die Organisationsverfassung der GmbH und § 41 Die Organisationsverfassung der AG; Koch, Gesellschaftsrecht, 12. Auflage 2021, § 34 Die Organisationsverfassung der GmbH.

<sup>6</sup> So etwa Schäfer, Gesellschaftsrecht, 6. Auflage 2023, § 35 Die Finanzverfassung der GmbH und § 42 Die Finanzverfassung der AG; Koch, Gesellschaftsrecht, 12. Auflage 2021, § 36 Die Finanzverfassung der GmbH; Windbichler/Bachmann, Gesellschaftsrecht, 25. Auflage 2024, § 25 Finanzverfassung der GmbH.

<sup>7</sup> Zur Vertragsanpassung monografisch Hau, Vertragsanpassung und Anpassungsvertrag, 2003, 219 ff.; auch rechtsvergleichend wird dieser Aspekt betont, Rock/Davies/Kanda/Kraakman/Ringe, in: The Anatomy of Corporate Law, 2017, 175.

<sup>8</sup> Im Überblick bereits Wiedemann, Gesellschaftsrecht, Band 1: Grundlagen, 1980, 160 ff.; zur rechtsgeschäftlichen Rechtsnatur der Satzung siehe allerdings auch noch sogleich unter → § 2 B.



# Sachregister

- Abbé Sieyes *siehe* Sieyès, Emmanuel Joseph
- Abbildungen 127, 129, 130, 132
- 1: Strikte Trennung von Zweck und Gegenstand 127
  - 2: Gegenstand als Teilbegriff des Zwecks 129
  - 3: Ziel und Gegenstand als Zweckkomponenten 130
  - 4: Abgrenzung nach Wirkungskreisen 132
  - 5: Rechtsformübergreifende Tabelle zu § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB 222
- Abfindungsrechte 211–213, 219 f., 231 f., 291 f., 294 f., 316, 320
- Abstimmungsdesign 278 f.
- Abwägungsmodelle 247 f.
- ADHGB 1861 138, 170–172, 180 f., 213, 225
- ADHGB 1861 *siehe auch* Aktienrechtsnovelle 1870
- ADHGB 1861 *siehe auch* Aktienrechtsreform 1884
- Adidas AG 1, 259
- Aktiengesellschaft, Anzahl 2
- Aktiengesetz 1937 102, 129, 152, 191–193
- Aktienrechtsnovelle 1870 173, 186, 226–228
- Aktienrechtsreform 1884 174–178, 188, 197 f., 225, 227 f.
- Alexy, Robert 15 f., 30 f., 34–36, 107 f., 144, 249, 256, 284
- Alexy, Robert *siehe auch* Prinzipien und Werte, Verhältnis
- Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten (ALR) 108, 165 f.
- Allzweck-Rechtsformen *siehe* Gesellschaftsformen, zweckoffene
- Analogievoraussetzungen 163–165, 197–199, 222–225
- Anbauvereinigungen *siehe* Cannabis-Clubs 99
- Anreizsysteme *siehe* Nudging-Effekte
- Anthropologisch *siehe* Prinzipien und Werte, Verhältnis
- Anti-Atomkraft-Klauseln 51–53, 246
- Antixtremismus 4, 5, 44 f., 65, 243, 246
- Antisemitismus 4, 44 f.
- Antisexismus 41 f., 243
- Anwachsprinzip 235
- Äquivalenzprinzip, materiell 231
- Auflösungsbeschluss 213–215
- Auflösungsbeschluss, Vergleich zur Zweckänderung 214 f., 232–236
- Auflösungsklage *siehe* Unmöglichkeit des Zwecks
- Aufopferungsgedanke 232–236
- Auslegung der Satzung *siehe* Satzungsauslegung
- Auslegungsquelle, Unternehmensgegenstand als 126–128, 134
- Ausschluss des Gesellschafters 235
- Ausschüttung, Beschränkung der *siehe* Thesaurierungspflichten
- Austrittsrechte 231 f., 320
- Axel Springer SE *siehe* Fallstudien
- Axiologisch *siehe* Prinzipien und Werte, Verhältnis
- Basic Structure Doctrine 142 f.
- Bausparkassen 97
- Bayerisches Vereinsgesetz 1869 182 f.
- B-Corp 45 f., 83 f., 135, 258, 262, 270 f.
- Begriffsbestimmungen 9–20
- Beherrschungsvertrag *siehe* Unternehmensverträge
- Benefit Corporation *siehe auch* B-Corp
- Benefit Corporation 302 f.
- Bergrechtliche Gewerkschaft 94
- Berufsfreiheit 7 f., 83, 283
- Betreuungsverein 99
- Bewegliches System 14, 243 f.
- BGB-Entstehung 181–187
- BGB-Entstehung *siehe auch* Vereinszweckänderung, historische Genese



- Bindung der Organe *siehe*
  - Organbindung
- Bindung des Verbands 245, 321
- Binnenhierarchie *siehe* Zweck und Gegenstand
- Binnenrechtssystem 74
- Binnenwerteordnung *siehe auch*
  - Werteordnung
- Binnenwerteordnung 6, 13 f., 38, 157 f., 319
- Blackrock *siehe auch* Larry Fink
- Börsenmantelaktiengesellschaft 291, 297
- Bundesklingartengesetz 99
- Bundeswaldgesetz 82, 302, 305
- Business Judgement Rule 249
  
- Cannabis-Clubs 99
- Change of Control 263
- Code de Commerce 1807 167 f., 196, 221
- Code of Conduct 271
- Community Interest Company 305
- Consistent Identity 279, 284, 322
- Corporate Purpose 1, 4, 11, 19, 135, 281
- Corporate Social Responsibility 135, 258, 308 f.
- Corporate Sustainability Reporting 106, 108, 272, 280–282, 301, 304, 317, 322 f.
- Corporate Sustainability Reporting *siehe auch* CSR-Richtlinie
- CSDDD 108, 254, 270–272, 281
- CSR-Richtlinie 106, 108, 272, 276, 301, 304
  
- Danone Deutschland GmbH *siehe*
  - Fallstudien
- DB InfraGO AG *siehe* Fallstudien
- DCGK 105 f., 258
- De lege ferenda *siehe* Gesetzesentwurf
- Default-Optionen 275–277
- Definitionen *siehe*
  - Begriffsbestimmungen
- Deliktische Haftung aus
  - Werteklauseln 252 f., 266
- Deontologisch *siehe* Prinzipien und Werte, Verhältnis
- Dezisionismus 148–151
- Diskriminierung, AGG 78 f.
- Doppelvertragslehre 23–25
- Durchsetzung von Werteklauseln 262–267, 322
  - Arbeitnehmer 263 f.
  - Fremdkapitalgeber 265
  - Gläubiger 264–267
  - Mitbestimmung 264
  - präventiv 263–267
  - repressiv 264–267
  
- Egoisten, aufrichtige 277 f.
- Eigentumsfreiheit 7 f.
- Einheit der Satzung 238 f., 318
- Einheit der Verfassung 238 f., 318
- einhorn Products GmbH *siehe*
  - Fallstudien
- EmpCo-Richtlinie 259, 261 f., 322
- Entflechtung *siehe auch*
  - Spartentrennung
- Entscheidungsanreize 276 f.
- Entscheidungserheblichkeit 273 f.
- Entscheidungsvermeidung 275
- Entwidmung 232–235
- Europäischer Verein *siehe* European Cross-Border Association (ECBA)
- European Cross-Border Association (ECBA) 307
- Ewigkeitsklauseln 85–93, 148 f., 230, 309–311, 313, 319 f.
  - Körperschaften des Privatrechts 85 f., 88–93, 230, 309–311, 313, 319 f.
  - Rechtsfolgen 90 f.
  - Staatsrecht 87 f., 142 f., 148
  - Verbotsgrund 88–90
- EWIV 94
- Externe Effekte 269 f., 279 f.
- Extremismus und Gesellschaftsrecht 1, 4 f., 43, 65 f., 73, 318
  
- Fallstudien 39–74
  - Axel Springer SE 40–42, 73 f.
  - Buddenbrooks 38
  - Danone Deutschland GmbH 45 f., 74
  - DB InfraGO 48–51, 53, 278
  - einhorn Products GmbH 68–71
  - FC Bayern München e.V. 42–45, 73
  - Nevi-GmbH 58–60
  - Räubersachen GmbH 39 f., 56–58, 73
  - reCup GmbH 47 f., 270
  - Stadtwerke München GmbH 51–53, 246
  - TuS Appen e.V. 44 f., 65–68
  - VYLD GmbH 60–64, 260
  - WEtell GmbH 62
  - wildplastic GmbH 71 f.

- Familiencharta *siehe* Familienverfassung  
 Familienverfassung 11, 271  
 Fassungsänderungen 175 f., 260 f., 267  
 FC Bayern München e.V. *siehe*  
 Fallstudien  
 Firma, Begriff der 306  
 Firmenrechtliche Lösung 289–291, 294,  
 302–306, 323  
 Firmenrechtliche Lösung *siehe auch*  
 Rechtsformzusatz  
 Fischer, Rudolf 123–126, 133, 138–140,  
 184, 202  
 Formalziel 130 f.  
 Forschungsfrage 2 f., 315–317  
 Forschungsstand 3–6  
 Forstbetriebsgemeinschaft 82, 302, 305  
 Freie Berufe *siehe* Gesellschaftsformen  
 freier Berufe  
 Fremdkapitalgeber, Anforderungen  
 an 71 f.  
 Führerprinzip und Unternehmens-  
 interesse 104, 106  
 Fundamentalnorm 142, 220  
  
 GbR 95  
 Gelatine-Rechtsprechung 200  
 Geltungsbefehl des dispositiven  
 Rechts 240 f.  
 Gemeinnützigkeit, AO 79–81, 121 f.,  
 232–235, 270 f., 302 f., 305, 317  
 Gemeinnützigkeit, Begriff der 19 f.,  
 166, 317  
 Gemeinwohl, Begriff des 19, 100  
 Gemeinwohlbelange im Aktien-  
 recht 106–114, 291–293  
 Gemeinwohlbelange im GmbH-  
 Recht 114, 293–296  
 Gemeinwohlförderung *siehe* Gemein-  
 nützigkeit, Begriff der  
 Gemeinwohlorientierung 48–51, 100,  
 106–115  
 Gemischtwirtschaftliche Unter-  
 nehmen 153 f., 189, 191 f.  
 Gemischtwirtschaftliche Unternehmen  
*siehe auch* Öffentliche Unternehmen  
 Genossenschaft 95, 208, 210, 296  
 Genossenschaftsgesetz 1889 178 f., 188,  
 225  
 Genossenschaftsrechtsreform 198 f.  
 Genossenschaftsregister-  
 verordnung 288  
 Genussrechte 99, 153, 226, 264, 266  
 Gesamtvermögensgeschäfte 200  
 Geschäftsführungsorgan, Begriff des 19  
 Geschäftsgrundlage, schuldrecht-  
 liche 264 f., 267  
 Geschäftsgrundlage, verbandsrecht-  
 liche 120, 158–162  
 Geschäftsmodelle, Beschränkungen  
 der 99–101  
 Geschäftsmodelle, gemeinschäd-  
 liche 99 f.  
 Gesellschaftergleichbehandlung *siehe*  
 Gleichbehandlungsgrundsatz  
 Gesellschaftsformen freier Berufe 98–  
 101, 288  
 Gesellschaftsformen, zweckoffene 95 f.  
 Gesellschaftsregisterverordnung 28,  
 223, 289  
 Gesellschaftsvertrag *siehe* Satzung,  
 Begriff der  
 Gesetzesauslegung anhand der  
 Satzung 240–243  
 – dispositive Gesetze 240–242  
 – zwingende Gesetze 242 f.  
 Gesetzesauslegung anhand der Satzung  
*siehe auch* Satzungsauslegung an-  
 hand von Werten  
 Gesetzesentwurf 288–296  
 Gestaltungsgrenzen, rechtsform-  
 immanent 93–96  
 Gestaltungsgrenzen, rechtsform-  
 spezifische 93–99  
 Gestaltungsgrenzen, rechtsform-  
 übergreifende 75–93  
 Gestaltungsmotivation, Verband 270 f.  
 Gewinnabführungsvertrag *siehe* Unter-  
 nehmenverträge  
 Gierke, Otto von 6, 9, 17, 21–27, 30,  
 114, 124, 137 f., 172 f.  
 Gleichbehandlung, AGG *siehe* Diskri-  
 minierung  
 Gleichbehandlungsgrundsatz 33, 36, 88,  
 116, 125, 157, 160, 162, 205–207,  
 209, 236, 292, 294, 298  
 GmbH-Gesetz 1892, Entstehung 179–  
 181, 213  
 GmgV 56, 307–313  
 GmgV *siehe auch* Verantwortungs-  
 eigentum  
 Green Claims Directive 262 f., 322  
 Grundlagenänderung 159, 199–220,  
 231 f.  
 Grundnorm 109  
 Grundrechtskombination 239  
 gUt-AG/gUt-GmbH *siehe* Unterneh-  
 mensträger, gemeinwohlorientierter

- Gute Taten *siehe* Sichtbarkeit guter Taten 275 f.
- Gute, das *siehe auch* Prinzipien und Werte, Verhältnis
- Hadding, Walther 21–23, 25–27, 46, 86
- Haftungsfreistellung 254 f.
- Handelsrechtsreformgesetz 196 f.
- Handelsregisterverordnung 222 f., 289
- Hanseatische Electricitätswerke (HEW) 52, 116
- HGB 1900, Aktienrecht 190 f.
- Hobbes, Thomas 87 f., 155
- Holzmüller-Grundsätze 200
- Identitätskontrolle 142
- Individualsphäre 230, 316
- Infiniter Regress 108 f.
- Informationsasymmetrien 272
- Insolvenzverwaltung *siehe* Gesellschaftsformen freier Berufe
- Institutionenökonomie der Werteklausel 243 f., 252, 269–272, 274
- Institutionenvergleich, Begriff der 3, 9
- Internalisierung *siehe* externe Effekte
- Irrführungsverbot, § 18 Abs. 2 HGB 311
- Irrführungsverbot, UWG 257–263, 267, 322
- Jefferson, Thomas 89
- Juristische Person des Privatrechts *siehe* Juristische Person, Begriff der
- Juristische Person, Begriff der 17, 82
- Kant, Immanuel 23
- Kapitalgesellschaft, Begriff der 16 f.
- Kartellverbot 77 f.
- Kelsen, Hans 109
- Kernbereich der Mitgliedschaft 161, 205–207, 223 f.
- Kleingartenverein 99
- Klimaneutrales Unternehmen, § 18 EnEg 84, 302–306
- Klimaschutzziele *siehe auch* Nachhaltigkeitsklauseln
- Klimaschutzziele 48, 256, 282–287, 304
- Klößner-Entscheidung 265 f.
- Kommanditgesellschaft 94 f., 118, 209
- Kommanditistenhaftung 312 f.
- Kommunikation über die Satzung 257–263, 277 f., 322
- Komplementarität von Regeln und Prinzipien 241 f.
- Konzessionssystem 138, 168–172, 183–186, 212, 227 f.
- Körperschaft, Begriff der 17 f., 28–30, 82
- Kreditinstitute 97 f.
- Langfristigkeit *siehe* Nachhaltigkeit, Begriff der
- Larry Fink 1
- Lauterkeitsrecht 82 f., 257–263, 267, 277, 283, 316 f., 322
- Lean law 302
- Leitungsmacht des Vorstands 102–114, 249–251, 256
- Leitungsmacht, Verhältnis zum Unternehmensgegenstand 103–114, 250 f.
- Liederkettenrichtlinie *siehe* CSDDD
- Liquidation *siehe auch* Auflösungsbeschluss
- Liquidation 232–234
- Locke, John 155
- Lohnsteuerhilfverein 99
- Mantelgesellschaften 200 f.
- Market for Lemons 271 f., 283
- Mehrheitsmacht, Grenzen der *siehe* Zweck, Telos des
- Mehrheitsprinzip 151–158, 320
- im Privatrecht 151–154, 157 f., 320
- in der Staatslehre 154–156
- Mehrstimmrechtsaktie 216, 218 f.
- Menschenrechteklauseln 42–45, 255 f., 318
- Meyer-Cording, Ulrich 25
- Mitbestimmungsrecht 112 f., 264
- Mitgliedergesamtheit 115, 143, 146–148
- Mitgliedergesamtheit, Begriff der 19, 146 f.
- Mitgliederversammlung, Begriff der 18 f., 146 f.
- im engeren Sinne 18
- im weiteren Sinne 18 f.
- Mitgliederversammlung, Begriff der *siehe auch* Mitgliedergesamtheit, Begriff der
- MoPeG 95, 118 f., 297
- Moralvorstellungen 2
- Motivation des Gesetzgebers *siehe* Regulierungsinteresse des Gesetzgebers
- Musterwerteklausel 276 f., 292–296, 301, 322 f.
- Nachhaltigkeit, Begriff der 20

- Nachhaltigkeitsklauseln 45–53, 256, 318  
 Nachhaltigkeitspflicht, gesetzliche 282–284  
 Nachhaltigkeitsrating 281 f.  
 Nebenverpflichtungen 217–219  
 Netzbetreiber, EnWG 85  
 Nevi GmbH *siehe* Fallstudien  
 Normalstatut 117  
 Normalzweck *siehe* Zweck und Gegenstand  
 Normativbedingungen *siehe* Normativsystem  
 Normativsystem 77, 79 f., 82, 148 f., 164, 173–186, 197, 227  
 Normentheorie *siehe* Satzung, Rechtsnatur der  
 Nudging-Effekte 271, 275, 280–282, 288, 322  
  
 Objektive Auslegung 163–165  
 Ockhams Rasiermesser 163  
 Öffentliche Unternehmen 48–53, 153 f., 191 f.  
 Öffentliche Unternehmen *siehe auch* DB InfraGO AG  
 Öffentliche Unternehmen *siehe auch* Hanseatische Electricitätswerke (HEW)  
 Öffentliche Unternehmen *siehe auch* Stadtwerke München GmbH  
 Öffentliches Recht, Verhältnis zum Privatrecht 7 f.  
 OHG 94 f., 221  
 Ökonomische Argumente 269–287  
 Oktroisystem 165–168  
 Opportunismus und prosoziale Einstellungen 274 f., 284  
 Optimierungsgebot 15 f., 30–33, 244, 248, 251  
 Optimierungsgebot *siehe auch* Prinzipien und Werte, Verhältnis  
 Optimierungsgebot *siehe auch* Werteklauseln, Systematisierung  
 Opt-In-/Opt-Out-Regelungen *siehe auch* Default-Optionen  
 Organadäquanz 248 f., 252, 284 f.  
 Organbindung  
 – Aufsichtsorgane 248 f., 321  
 – Geschäftsführung/Vorstand 246–248, 321  
 – Mitgliederversammlung i.w.S. 246, 321  
  
 PartG/PartG mbB 94, 208, 302  
 Periodische Abstimmungen 280 f., 283, 284–286  
 Periodische Abstimmungen *siehe* Say on Climate  
 Pflichtinhalt der Satzung 32, 102, 124 f., 133, 150, 182 f., 221–226  
 pivotal *siehe* Entscheidungserheblichkeit  
 Popper, Karl 108 f.  
 Präambeln 37–40, 73  
 Praktische Konkordanz 239, 248, 319  
 Preußischer Entwurf zum ADHGB 1857 169 f.  
 Preußisches Aktiengesetz 1843 168  
 Prinzipal-Agenten-Konflikt 274, 287  
 Prinzipien und Werte, Verhältnis 30–33, 36 f.  
 Prinzipien, Begriff der 15 f.  
 Privatautonomie 7, 86  
 Privatverfassungsrecht 8  
 Prozessrechtliche Lösung 302 f.  
 Prüfverbände 312 f.  
 Pseudoaltruisten 277 f.  
 Publizitätsrichtlinie 196 f.  
 Pufendorf, Samuel 23 f.  
 Purpose *siehe auch* Corporate Purpose  
 Purpose *siehe auch* Verantwortungseigentum  
  
 Qualifizierte Einrichtung, UKlaG/UWG 82 f., 302 f.  
  
 Räubersachen GmbH *siehe* Fallstudien  
 Rechtsformen, Anzahl 2  
 Rechtsformen, Kosten 94, 271 f.  
 Rechtsformenvergleich, Begriff 9  
 Rechtsformwahl, Beschränkungen der 96–99  
 Rechtsformzusatz 56, 84, 270 f., 277, 291, 294, 302–304, 310–312  
 Rechtsidee 15, 108–110  
 Rechtsnatur der Satzung *siehe* Satzung, Rechtsnatur der  
 Rechtstatsachen 2  
 reCup GmbH *siehe* Fallstudien  
 Regelungsstandorte von Werten 73 f.  
 Registerpublizität 222 f.  
 Regulierungsinteresse des Gesetzgebers 271 f.  
 Regulierungstheorie 280–287, 307  
 REIT-AG 101, 293  
 Reuter, Dieter 25  
 Reziprozität, negative 274

- Rousseau, Jean-Jacques 23, 88, 154 f., 157 f.
- Sachfirma 167, 196 f., 258, 296
- Sächsisches Gesetz, die juristischen Personen betreffend (SächsGJP) 1868 168, 182
- Sachziel 130 f.
- Satzung als Verfassung 10
- Satzung, Begriff der 9 f.
- Satzung, Rechtsnatur der 20–30, 252 f., 318
- Inhalt 28 f.
  - Normentheorie 21–26, 252 f.
  - Rechtsgeschäftslehre 21 f., 26 f., 30
  - Simulation der Verfassung 28–30
  - Tatbestand 21–27
  - Vertragstheorie 21 f., 26 f.
- Satzungsänderungsnormen *siehe auch* Zweck und Gegenstand, historische Normentwicklung
- Satzungsauslegung 237–240, 243 f.
- Satzungsauslegung anhand von Werten 238–240
- Satzungsauslegung anhand von Werten *siehe auch* Gesetzesauslegung anhand der Satzung
- Satzungsautonomie 74, 176
- Satzungsdurchbrechung 144 f., 160 f., 246, 264
- Satzungsgebende Gewalt *siehe* Satzungsgebung
- Satzungsgebung 136–140, 143–150
- Satzungsgebung *siehe auch* Zweck, Telos des
- Satzungsgestaltung, zeitliche Grenzen *siehe* Ewigkeitsklauseln
- Satzungsregeln *siehe* Werteklauseln, Systematisierung
- Satzungsstrenge 102–105, 109–113
- Satzungsunterschreitung 247, 258, 261, 264, 321
- Say on Anything 42
- Say on Climate 11, 248, 281, 284–286
- Say on ESG 42, 281, 284–286
- Say on Human Rights 42, 281, 284–286
- Schuldverhältnis mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 253–256, 316, 321 f.
- Schutzgesetz 252 f., 316, 321
- Selbstlosigkeit *siehe* Thesaurierungspflichten
- Selbstverpflichtung *siehe auch* Consistent Identity
- Selbstverpflichtung 279, 284, 288
- Shareholder Proposals 285 f.
- Shareholder Value-Klausel 63 f., 100, 104–106, 110–113, 250 f., 318
- Sichtbarkeit guter Taten 275 f.
- Sieyès, Emmanuel Joseph 140 f.
- Signalling 303 f., 307
- Société à Mission 45 f., 162, 302
- Sondervorschrift, vereinsrechtliche 199, 220–228, 320
- Sozialrecht 22 f., 137 f.
- Sozialrecht *siehe auch* Gierke, Otto von
- SPAC *siehe* Börsenmantel-aktiengesellschaft
- Spartmentrennung 84 f.
- Spatenrecht 57 f.
- Spezialrechtsformen 94, 97
- Spezialvereinigungen 81–85, 99
- Squeeze Out 174 f., 209, 215 f., 231 f.
- Staatsstrukturprinzipien *siehe auch* Verbandsprinzipien
- Staatszielbestimmungen *siehe auch* Verbandsprinzipien
- Staatszwecke *siehe auch* Verbandsprinzipien
- Stadtwerke München GmbH *siehe* Fallstudien
- Stakeholder in der Corporate Governance 263–266, 306, 308
- Stakeholderklauseln 46, 48 f., 73, 318
- Steuerrechtliche Lösung 302 f.
- Subjektive Auslegung 163–165
- Telekommunikationsanbieter, TKG 85
- Theorie der realen Verbands-  
persönlichkeit 22 f., 232
- Theorie der realen Verbandspersönlichkeit *siehe auch* Gierke, Otto von
- Thesaurierungspflichten 53–64, 239 f., 305
- bestimmbare 53 f.
  - maximaler Ausschüttungsbetrag 58–64
  - Selbstlosigkeit nach der AO 54 f., 80 f., 230–235, 316 f.
  - Selbstlosigkeit, eingeschränkte 56–58
  - Verantwortungseigentum 55–64
- Thesen 317–323
- Totalisator 101
- Transparenzpflichten 272, 281 f.
- TuS Appen e.V. *siehe auch* Antixtremismus
- TuS Appen e.V. *siehe* Fallstudien
- Typenzwang 79–84

- Umdeutung 86, 90 f.
- Umwandlungsrecht 175, 207–213, 228, 231 f., 291
  - Abfindungsrechte 211–213
  - Mehrheitserfordernisse 207–213
  - Zustimmungsrechte 207–213
- Umweltvereinigung 81 f.
- Unmöglichkeit des Zwecks 180 f., 221, 318
- Unterbilanzhaftung 201 f.
- Unterlassungsklagen *siehe* Qualifizierte Einrichtung, UKlaG/UWG
- Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, UBGG 97, 101, 296
- Unternehmensinteresse 103–114, 251, 279 f., 315 f., 318
- Unternehmensträger, gemeinwohl-orientierter 290 f., 294 f., 300, 302–306, 317, 323
- Unternehmensverträge 203–207, 231 f.
  - abhängige AG 203–205
  - abhängige GmbH 205–207
- Verankerung, Begriff der 11 f.
- Verantwortungsdiffusion 273 f., 279 f., 284
- Verantwortungseigentum 39 f., 53, 55–64, 68–72, 260, 270 f., 307–313
  - Fremdkapitalgeber 71 f.
  - Gesellschafterqualifikation 61 f., 68–71
  - Gründerprivilegien 56–64
  - Erwerbsunfähigkeit 313
  - Niederlassungsfreiheit 312
- Verband, Begriff des 18
- Verbandsgewalt 21–26
- Verbandsidentität 126
- Verbandsprinzipien 32 f., 36, 47, 50, 75, 104, 110, 220, 229 f., 236, 242, 246 f.
- Verbandsprinzipien *siehe auch* Prinzipien und Werte, Verhältnis
- Verbandssouveränität 126
- Verbandssphäre 230
- Verbandszweck *siehe auch* Zweck und Gegenstand
- Verein, wirtschaftlicher 82, 95, 212
- Vereinigungsfreiheit 7, 75–77, 101
- Vereinsgesetz *siehe* Vereinsverbot
- Vereinsverbot 75–77
- Vereinszweck *siehe auch* Zweck und Gegenstand
- Vereinszweck 65–68, 120–122, 132 f., 138 f., 147 f., 158 f., 182 f., 187–189, 221–230
- Vereinszweckänderung, historische Genese 181–189, 195
  - 1. Kommission (BGB) 183–185
  - 2. Kommission (BGB) 185–187
  - Bayerisches Vereinsgesetz 1869 182 f.
  - Bürokratieentlastungsgesetz IV 195
  - Kommissionsentwurf und BGB 1900 187
  - Sächsisches Gesetz, die juristischen Personen betreffend (SächsGJP) 182
- Verfassungsgebung 136, 140–143
- Verfassungskonvent 141, 147
- Verfassungspatriotismus 87
- Verfassungsrecht 7 f., 32, 48 f., 75–77, 87 f., 106 f., 135–151, 154–158, 219 f., 239, 248
- Verhaltensökonomie 269, 272–280
  - methodische Grenzen 272 f.
- Versicherungsgesellschaften 85, 97
- Versicherungsverein *siehe* VVaG
- Verstärkungsverband 239
- Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter *siehe* Schuldverhältnis mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- Vertrag zu Gunsten Dritter 253 f., 316
- Vertragstheorie *siehe* Satzung, Rechtsnatur der
- Volkssouveränität 136
- volonté générale *siehe* Rousseau, Jean-Jacques
- Vorratsgesellschaften 200 f.
- VVaG 94, 97, 208, 210
- VYLD GmbH 60–64, 260 f.
- VYLD GmbH *siehe auch* Fallstudien
- Warum der Existenz des Verbands 162 f.
- Werte und Prinzipien *siehe* Prinzipien und Werte, Verhältnis
- Werte, Begriff der 12–15
  - Rechtsidee 15
  - Wertphilosophie 12–15
- Werte, Regelungsstandort *siehe* Regelungsstandorte von Werten
- Wertekataloge 11, 271
- Wertekataloge *siehe auch* Corporate Purpose
- Wertekataloge *siehe auch* Familienverfassung
- Werteklauseln 286 f., 308, 322 f.

- Werteklauseln, Mehrheitsanforderungen 229 f.
- Werteklauseln, Systematisierung 34–38, 318
  - appellatorische Werte 37 f., 73
  - deklaratorische Werte 37 f., 73
  - Optimierungsgebot 36
  - Rechtsprinzipien 34, 74, 108 f.
  - Rechtsregeln 34, 74, 108 f.
  - Satzungsregeln, wertegeleitete 34 f., 73 f., 104
  - Satzungsregeln, wertelativierende 59, 62, 73 f.
- Werteordnung 5, 6, 38, 237 f., 156–158, 240–244, 258, 271, 319
- Wertordnung *siehe* Werteordnung
- wildplastic GmbH *siehe* Fallstudien
- Wirtschaftliche Neugründung 200–203, 228
  
- Zertifizierungen 45 f., 81–84, 135, 257 f., 262, 271, 277, 281 f., 290, 301–303
- Zertifizierungen *siehe auch* B-Corp
- Zielkonflikte 239 f., 249–251
- Zielsetzungen, realistische 277 f.
- Zuckerrübenfabrik 217
- Zukunftsfinanzierungsgesetz (ZuFinG) 199, 216, 291, 297
- Zustimmungsrechte *siehe auch* Umwandlungsgesetz
- Zustimmungsrechte 207–213, 216–220
- Zweck als bewegliches System 243 f.
- Zweck und Gegenstand
  - Begriffsfunktion 115 f.
  - Binnenhierarchie 143–146, 149 f., 238 f.
  - Geschäftsgrundlage 120, 158–162
  - Kaskadisierung 121
  - Normalzweck 116 f., 122
  - Normbestand 118 f.
  - Ob der Trennung 122 f., 123–126, 162 f.
  - oberster Leitsatz 120, 122
  - Verein 120–122
  - Wie der Trennung 123, 126–135
  - Wie der Trennung *siehe* Zweck und Gegenstand, Trennung
- Zweck und Gegenstand, Begriffsvereinheitlichung 221–236, 315, 318 f.
- Zweck und Gegenstand, historische Normentwicklung 163–199, 224 f.
  - § 33 Abs. 1 Satz 2 BGB *siehe* Vereinszweckänderung, historische Genese
  - ADHGB 1861 170–172
  - Aktiengesetz 1937 191–193
  - Aktienrechtsnovelle 1870 173
  - Aktienrechtsreform 1884 174–178, 197, 225
  - Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten (ALR) 165 f.
  - Code de Commerce 1807 167 f.
  - Genossenschaftsgesetz 1889 178 f., 225
  - GmbH-Gesetz 1892 179–181, 225
  - HGB 1900 190 f.
  - Preußischer Entwurf zum ADHGB 1857 169 f.
  - Preußisches Aktiengesetz 1843 168
- Zweck und Gegenstand, Trennung
  - Auslegungsquelle 126–128
  - Gegenstand als Teilbegriff des Zwecks 129 f.
  - Innen-/Außenverhältnis 131 f.
  - Kombinationsansätze 128–131
  - Situativer Zweckbegriff 132 f.
  - Sprachverwirrung 133–135
  - Ziel und Gegenstand als Zweckkomponenten 130 f.
- Zweck, Telos des 135–163
  - Grenze der Mehrheitsmacht 150–158
  - verbandsrechtliche Geschäftsgrundlage 158–162
  - Warum der Existenz des Verbands 162 f.
  - Zweckänderung als Neugründung 136–150
- Zweckänderung, abfindungspflichtige 291 f., 294 f., 298–300, 316
- Zweckförderungspflicht 160 f.
- Zweckvermögen 177, 232